



Ercheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich 3,50
bei der Geschäftsstelle 3,70
durch Zeitungsboten 3,80
durch die Post 3,50
auschl. Postgebühren.

ins Ausland monatl. 4 Gold-
mark einschließl. Postgebühren.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postfachkonto für Polen

Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postfachkonto für Deutschland

Nr. 6134 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.

für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 15 Groschen.)

Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 135 gr.

Ein Gesetz zur Steuerbefreiung.

Den Gieschewerten soll eine 30 Millionensteuer erlassen werden. — Die Forderungen der Harrimangruppe. — Der Not gehorchend. — Eine Rede des Finanzministers.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 25. März. Es handelt sich nicht um allgemeine Steuern. Befreit von rückständigen Steuern soll eine der größten Gesellschaften Polens werden, die Oberschlesische Berg- und Hütten-Gesellschaft von Giesche Erben. Der Vorgang hat nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sondern er ist von allgemeiner Tragweite. Man weiß, daß die amerikanische Firma Harriman sehr weitgehende Interessen im deutschen Teil des Giescheschen Besitzes erworben hat. Sie strebt nun danach, auch ihre Hand auf den polnischen Besitz der gleichen Firma zu legen, um sich die gesamte Kontrolle über das ober-schlesische Zinkabkommen zu sichern. Nun schulden die polnischen Giescheschen Werke dem Staat an rückständiger Vermögenssteuer nicht weniger als 30 Millionen Zloty. Harriman will seine 20 Millionen Dollar nur dann in die Giescheschen Zinkhütten stecken, wenn ihm die Zahlung der 30 Millionen Zloty erlassen werden. Daß dies nicht so ohne weiteres geht, ist klar, bedarf es doch eines besonderen Gesetzes, um Giesches Erben von diesen Steuerhinterzügen zu befreien.

Man könnte sagen, eine Bevorzugung ohne Gleichen, die durch nichts gerechtfertigt ist. Die Sache liegt aber so, wie der Finanzminister erklärte, daß bei einer Vermehrung des Kapitals von Giesches Erben um 30 Millionen Dollar, statt jetzt 8000 Arbeiter, ganze 12 000 Arbeiter beschäftigt werden können, und es hat schon seine Bedeutung, wenn 4000 Arbeitslose vom Pflaster verschwinden. Eine Vermehrung der Zinkproduktion aber bedeutet eine Vermehrung der Ausfuhr von Zink, und vor allem dann, wenn amerikanisches Betriebskapital zu einem billigen Zinsfuß arbeitet und die Herstellung somit nicht unnötig verteuert wird. Zink aber findet in der ganzen Welt leicht seinen Absatz. Weiter verlangt die Harrimangruppe, daß ein Ausfuhrzoll weder von Zink noch seinen Fabrikaten erhoben werde. Auch diese Forderung möchte der Finanzminister gerne durchsetzen. Es entsteht nun die Frage, die in der Öffentlichkeit noch nicht behandelt worden ist, ob die amerikanisierten polnischen Zinkwerke beim Export, ebenso wie alle anderen Exporteure, die für die ausgeführten Waren im Ausland erhaltenen Devisen an die Bank Polsti abgeben müssen oder nicht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die Amerikaner dem widersetzen werden. Gelingt es ihnen, sich dieser allgemeinen Verpflichtung zu entziehen, so sind die Vorteile für Polen nicht so überwältigend groß. Denn letzten Endes muß die gesamte Wirtschaftspolitik Polens darauf hinauslaufen, den Devisenvorrat der Bank Polsti zu vermehren, um der weiteren Schwächung des Zloty entgegenzuarbeiten. Es hat sich ohnehin gezeigt, daß die

Devisenflucht ins Ausland

stärker ist, als man annehmen konnte, denn sonst müßte bei den letzten Jahren nun anhaltenden Überschüssen der Außenhandelsbilanz nun endlich der Devisenfluß begonnen haben. Die letzte Bilanz der Bank Polsti weist aber statt dessen wieder einen Rückgang der Devisen, wenn auch nur um wenige Millionen auf, was aber genügt, um wieder, zumal man jetzt kaum mehr irgendwelche Hoffnung auf eine Anleihe hat, um den Zloty ins Schwanken zu bringen.

Bei der Beteiligung amerikanischer Kapitalisten bei Giesches Erben in Polen gleichzeitig mit seiner Beteiligung bei den deutschen Giesches entstehen eine Reihe von Betrachtungen, die bei den Beratungen in der Kommission von den Sozialisten, und zwar von einem ihrer klügsten Köpfe, dem vorzüglichen Finanzkennner Diamand, geäußert worden sind. Der Vertreter des Ministers, Direktor Gliwic, hatte nämlich unter den Vorteilen erwähnt, daß der Erwerb der Zinkhütten durch die Amerikaner die ober-schlesische Grenze Polens sichere. Offenbar ging er dabei von der Voraussetzung aus, daß das Interesse der Amerikaner diese Sicherung der Grenze erfordert. Diamand kam zu einem anderen Ergebnis. Er sagte, wenn die Amerikaner in Polen die gleichgearteten Zinkhütten der gleichen Firma erwerben, wie sie es auch in Deutschland getan haben, so würden die Deutschen nicht ermangeln, daraus wieder einmal den Beweis zu schöpfen, daß das ober-schlesische Wirtschaftsgebiet unteilbar sei, daß also die Teilung Oberschlesiens ein Anding gewesen sei. Selbstverständlich aber dürfe die Grenzfrage überhaupt keiner Diskussion unterliegen. Außerdem meinte Diamand, daß ein Erlassen der rückständigen Steuern doch eigentlich ein Geschenk für Giesche sei, der die Steuern einfach von der Kaufsumme abtragen solle. Wenn aber der Ausfuhrzoll für Zink (es existiert nur die Gieschesche Zinkproduktion in Polen) erlassen werde, dann sei zu befürchten, daß die Harrimangruppe sich aus Polen nach Deutschland einführen und nicht nur Zinkbleche. Auch dieses Argument läßt sich nicht von der Hand weisen. Die Erörterung über diese prinzipiell so wichtige Frage ist noch nicht zu Ende, aber man kann wohl annehmen, daß bei der großen Notwendigkeit, die ober-schlesische Industrie mit auswärtigem Gelde zu versorgen, Polen sich bereit finden muß, auf die Bedingungen einzugehen, die zugunsten der Amerikaner Ausnahmestimmungen fordern, die, wie der Sozialist Wadzian sagte, Polen ein Stückchen seiner Souveränität zugunsten der Amerikaner aus der Hand nehmen.

Hofrat Rosner gestorben.

Polen hat seinen besten Publizisten in außenpolitischen Dingen (wie wir bereits meldeiten. Red. „Pos. Tagebl.“) mit dem heute plötzlich an einem Herzschlag verstorbenen Hofrat Rosner verloren. Noch vor wenigen Tagen war er der einzige, der in seinem Blatte, dem „Nowy Kurjer Polski“, die vermisste Lage in außerordentlich scharfsinnigen Worten auseinandersetzte, die durch die Bemühungen Polens um einen Sitz im Völkerbundsrat im Baltikum, unter dem stillen Drucke Rußlands, entstanden war. Er war 1865 in Krakau geboren, hatte Jurisprudenz studiert. Er begann seine Karriere im österreichischen Kultusministerium, trat dann unter dem Grafen Raden und dem Grafen Thun als Pressesekretär des Ministerpräsidenten auf und während er diese hohe Stelle mit großem Geschick ausfüllte, schrieb er gleichzeitig seine glänzenden Aufsätze in dem Krakauer polnischen Blatte „Gazeta“. In Wien spielte er eine große Rolle, und selbst für Minister war er ein gefürchteter Gegner, speziell als er als Abgeordneter in das österreichische Parlament eintrat, was im Jahre 1911 geschah. Während des Krieges war er als Funktionär des Außenministeriums österreichisch-ungarischer Vertreter in Warschau und

bei der Schaffung des Staatsrates war er sogar österreichisch-ungarischer Kommissar. Nach dem Frieden von Trest Bitemst lebte er nach Wien zurück, um seinen harten Kampf gegen den Minister Czerny zu führen, der mit Czernys Sturz endete. Nach der Entschaffung des jungen polnischen Staates übernahm er die Leitung des „Kurjer Polski“. Seine vernünftigen und von blindem Chauvinismus freien Betrachtungen haben selbstredend im nationalistischen Lager den größten Haß hervorgerufen, und immer wieder konnte man ihn höhnisch in der Presse der Rechten als den österreichischen „Hofrat“ verspottet sehen. Ganz besonders während Seyda und Dmowski das Außenministerium in Polen innehielten, bildeten seine Aufsätze ein wirksames Gegengewicht zu der fehlerhaften Politik dieser beiden Herren, die Polen in eine Vereinigung geführt hatten, aus der es erst Strzyski wieder zu erlösen vermochte. Als es dem erst-gezelten Kriegsminister Sikorski gelungen war, den „Kurjer Polski“ zu erwerben, zögerte Rosner keinen Augenblick und wanderte mit dem gesamten Redaktionsstab aus dem Blatte aus, das nun seine Tendenz ändern sollte. Die alte Redaktion hat dann den „Nowy Kurjer Polski“ gegründet, ein Blatt, das die guten Traditionen fortsetzt, die dem einstigen „Kurjer“ nun unter Sikorskis Einfluß verloren gegangen sind.

Gefängniswesen.

Im Sejm hat man heute weiter über die Verhältnisse in den polnischen Gefängnissen beraten. Der Justizminister Piechocki hielt eine Rede, die die ganze Angelegenheit recht optimistisch behandelte und zu dem Schluß kam, daß nach den Ergebnissen der Untersuchung der Kommission die Verhältnisse in den Gefängnissen gar nicht so schlimm seien, daß sogar die Nachfrage proportional nicht schlimmer sei, wie die bei den privaten Wohnungsverhältnissen. Leider habe man nicht das Geld dafür, um Bauten vorzunehmen. Aber auch in Stojitzograski sei manches besser geworden, die Sterblichkeitsziffer stark zurückgegangen. Der Sozialist Uziemblo erklärte, daß die prozentuale Ziffer von 30 000 Gefangenen, also 1 bis 2 pro Tausend der Bevölkerung, sehr hoch sei im Vergleich zu anderen Ländern (Frankreich 0,8, Belgien 0,8, Tschechoslowakei 0,7). Die Zahl der politischen Gefangenen wird für das Jahr 1924 amtlich mit 1478 angegeben. Es waren dabei aber von den 341 Gefangenen nur 55 in Betracht gezogen, so daß die Zahl der politischen Gefangenen wesentlich höher ist. Die Kommission schätzt sie auf 3000, die Kommunisten auf etwa 6000.

Eine sehr eingehende Rede hielt das kommunistische Mitglied der Kommission, Prchupa, wobei er eine große Reihe von ernsten Vorwürfen erhob. Schon vorher hatte der unabhängige Bauer Balin behauptet, daß das Schlagen in den Untersuchungs- und Polizeigefängnissen ganz systematisch erfolge, was die an und für sich gespannte Stimmung noch um einige Grade erhöhte. Als Prchupa anderthalb Stunden gesprochen hatte und dabei Briefe von Gefangenen vorlesen hatte, die recht kompromittierende Natur waren, schrie man ihn von seinen Reden zu, er solle die Tribune verlassen. Auch der Wigamarschall Pluchalski erwähnte ihn hierzu. Nun sprang der stets zu Tätlichkeiten geneigte Dobia von der Nationalen Arbeiterpartei auf die Tribüne und zerriß die Papiere des Redners. Dieser sprach weiter. Nun zerriß ihn Dobia mit Gewalt vom Rednerpult, was die größte Entrüstung auf Seiten der Kommunisten hervorrief. Es gab ein wildes Geschimpfe, das schließlich solche Formen annahm, daß der Wigamarschall sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen.

Einigungsverhandlungen mit den Parteien.

Die Frage der Reduktion des Budgets steht jetzt im Brennpunkt der Erörterungen der politischen Kreise in Warschau. Man arbeitet mit aller Kraft daran, die aufgetretenen Schwierigkeiten zu beheben und das Haushaltsprovisorium für den Monat April, für dessen Einbringung schon höchste Zeit ist, unter Dach und Fach zu bringen. Einer der Kompromißvorschlüsse geht dahin, bei der Reduktion der Beamtengehälter vom 1. April den Prozentsatz der Gehaltsherabsetzung bei den höheren Beamten höher anzunehmen als bei den unteren Beamten. Gestern nachmittag wurden von der Nationalen Arbeiterpartei und den Sozialisten Beratungen über die Angleichung der Meinungsverschiedenheiten abgehalten. Was die Sozialisten betrifft, so soll ein Antrag, der das Ausschleiden aus der Koalition verlangte, mit einer Mehrheit von einer Stimme abgelehnt worden sein. Auf einen Antrag des Abg. Niedzialowski, der mit demselben Stimmenverhältnis durchgekommen sein soll, wurde beschlossen, in der Koalition zu verbleiben, aber man hat den sozialistischen Ministern sehr scharfe Instruktionen erteilt. Um 7 Uhr trat der Ministerrat zusammen, um die Lage zu besprechen. Man soll sich auf eine Reduktion des Militärbudgets geeinigt haben. Eine Einigung wurde ferner, wie verlautet, darin erzielt, daß die Koalitionsminister bis zum 12. April ein neues Besoldungsgesetz für die Staatsbeamten ausarbeiten sollen, das sich auf die einzelnen Teuerungszonen stützen soll. Die Sozialisten verlangten kategorisch die Aufhebung jeglicher weiteren Gehaltsreduktionen und die Auszahlung des Dezembergehalts. Der Minister Bzichowski erklärte, daß dadurch die Entwicklung des Budgets gehindert würde. Eine Verständigung wurde in dieser Frage nicht erzielt, und die Beratungen fanden um 12 1/2 Uhr nachts ihr Ende. Im Zusammenhang damit sind in politischen Kreisen pessimistische Stimmungen aufgeflacht. Heute werden die Beratungen zur Bewältigung der Lage fortgesetzt. In der Haushaltskommission kommt das Budget des Finanzministeriums zur Erörterung. Minister Bzichowski will heute sein angekündigtes Exposé halten. Der Zeitpunkt der Sitzung des Ministerrates steht noch nicht fest.

Marshall Pilsudski Chef des Generalstabes?

Die die „Z.N.“ aus Warschau meldet, soll der Premier Strzyski in einer Unterbrechung mit dem Kriegsminister Zeligowski erklärt haben, daß der eingebrachte Vorschlag über die Reorganisation der obersten Militärbehörden aus dem Sejm zurückgezogen würde. Der Marshall Pilsudski werde zum Chef des Generalstabes ernannt werden.

Das Ende des österreichischen Legitimismus.

Von unserem ständigen Berichterstatter
(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

Ir. Wien, Mitte März 1926.

Gerade ein Jahr ist vergangen, seit in Wien die große Konferenz stattfand, die die Legitimisten aller Nachfolgestaaten in der Kaiserstadt vereinte. Damals geschah es zum ersten Mal, daß auch in diesen Kreisen der nationale Gedanke sich gegen den rein formalen staatsrechtlichen Legitimismus aufgelegt hatte; die ungarischen Legitimisten hatten die „Inkompatibilität“ verkündet, d. h. sie stellten die These auf, daß sie unverbrüchlich an der Person des Erbprinzen als zukünftigen Träger der St. Stefanskronen festhielten, daß jedoch in Zukunft die ungarische Krone mit keiner anderen der ehemaligen Habsburger Kronen verbunden werden dürfe. Von da ab teilten sich die ungarischen Legitimisten in zwei ganz ungleiche Lager: Die Masse, die das nationale Königtum verfocht, und eine kleine Anzahl unter der Führung des ehemaligen gemeinsamen Außenministers Dr. Graf, welche pragmatische Legitimisten verblieben, die Zukunft von Staat und Dynastie sonach nur im Sinne der pragmatischen Sanktion gesichert sahen. In einem Lager die Vollblutmagyaren, im anderen Magyaronen nicht magyarischer Nationalität.

Auch die Kroaten, die auf der Tagung anwesend waren, teilten sich in zwei Lager: die in Budapest lebenden Emigranten machten sich den ungarischen, die in Wien domizilierenden den pragmatischen Standpunkt zu eigen.

Aus den polnischen Gebieten der ehemaligen Monarchie waren überhaupt keine Vertreter erschienen, aus dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei lediglich einige Hochadlige schwarz-gelber Prägung, deren Wirkungsvermögen von den Konferenzteilnehmern selbst nicht allzu hoch eingeschätzt wurde. Nur die deutsch-österreichischen Vertreter standen geschlossen für die pragmatische Kaiser- und Königsidee — — — ergebnislos und politisch enttäuscht ging man auseinander; man hatte sich das Zusammenwirken der Restaurationsparteien ganz, ganz anders vorgestellt.

Seither ging ein Jahr ins Land; man war allmählich auch in den legitimistischen Kreisen Österreichs zur Ueberzeugung gekommen, daß der altösterreichisch-donauföberalistische Wiedervereinigungsgedanke ein Luftschloß sei; die Völker hatten 1918 ihre Kopfbedeckung gezogen, hatten gegrüßt und waren auseinandergegangen — — — Und mit dieser Erkenntnis, daß die alte Kaiseridee selbst von absoluten Stützen der Rechtskontinuität in eine eng nationale Königsidee abgewandelt worden war, wandelte sich auch die Auffassung in jenen Kreisen Deutsch-Österreichs, welche in der „konservativen Volkspartei“ zusammengefaßt, die Stützen der Legitimität darstellten. Bereits im Oktober 1925 gab es kleine Spaltungen und Austritte; die überwiegende Gruppe, geführt von Sektionschef Baron Schager-Edartsau, nahm den Anschlußgedanken Österreichs an das Deutsche Reich in ihr Parteiprogramm auf; sie beugte sich der Zeitentwicklung, wissend und erkennend, daß für über- und internationalen Monarchismus in Österreich kein Heimatplätzchen zu finden sei. Nur eine kleine Gruppe, geführt vom Generalobersten Dankel und dem letzten Privatsekretär des letzten gemeinsamen Herrschers Werkmann, beharrten auf ihrem alten donauföberalistischen und anschlussfeindlichen Standpunkt.

Nun liegt ein aus der letzten Zeit stammendes Memorandum vor, das sowohl an Königin Zita, als auch an alle männlichen großjährigen Mitglieder der Familie Habsburg erging. Damit hat die „konservative Volkspartei“ einen weiteren Schritt in ihrer zwangsläufigen Entwicklung getan — — — Vorweg muß aber genommen werden, daß auf Grund dieses Memorandums kaum mehr die Möglichkeit bestand, die „konservative Volkspartei“ Österreichs als legitimistische Gruppe anzusehen; auch bei ihr schlug die Zentrierlast nationalen Zusammengehörigkeitsgefühles alle inneren Hemmungen des übernationalen Legitimitätsprinzips aus dem Wege.

Läßt man einige markante Stellen dieses Memorandums auf sich wirken, so kommt man unweigerlich zu diesen Schlusergebnissen. Vor allem wird festgestellt, daß weite Kreise monarchistisch gesinnter Österreicher eine Restauration der ehemaligen Dynastie auf österreichischem Gebiet deshalb ablehnen, weil sie der Meinung seien, daß das Haus Habsburg seine übernationale altösterreichische Kaiseridee unentwegt weiterverfolge, daher die staatliche Wiedervereinigung der alten Monarchie weiter anstrebe. Diese Art Donauföderation werde aber ebenso politisch wie wirtschaftlich von der erdrückenden Mehrzahl der Deutsch-Österreicher abgelehnt.

Daher gäbe es die Möglichkeit einer Restauration der Dynastie nur für den Fall, wenn der nach dem Legitimitätsprinzip zur Regierung berufene Habsburger aus innerer Ueberzeugung und offen sich zum deutschen Volke — aber auch nur zum deutschen Volke — bekenne und so der Träger einer nationalen Königsidee Deutsch-Österreichs werde, als welcher er bereit sein müsse, mit seinem Volke in das große deutsche Vaterland einzutreten.

Vor dem Abbruch der Liquidationsverhandlungen.

Herr Prof. Winiarski berichtet.

Sollte der Träger des Legitimitätsprinzips dies ablehnen, weil er diese Gefühle nicht teilen oder weil er sich für eine Thronfolge in einem anderen Gebiete entscheide, so müßte ein anderer Erzherzog seines Stammes oder seines Hauses an seine Stelle treten — nur auf dem Boden des nationalen Königtums sei eine Restauration überhaupt möglich. — Man mag alle formalen Unterschiede dieses Standpunktes zu einem anderen hervorgehoben, das „freie Königswähler“ vertreten; groß sind diese Unterschiede nicht mehr! Da einerseits die in Reue und Hoffen die Familie des letzten gemeinsamen Herrschers die Vorbedingungen dieses Memorandums kaum erfüllen wird, da weiter die ungarische Taube am Dach noch immer sicherer erscheint, als die uferlosen Gedanken eines „deutsch-österreichischen Königreiches“ unter Habsburgs Szepter im Rahmen eines groß-deutschen Reiches, da schließlich noch wesentlich andere Faktoren in Oesterreich und im Deutschen Reich eine Entscheidung dieser Frage beeinflussen, so bedeutet dies Memorandum der „konservativen Volkspartei“ das Ende des Legitimitätsprinzips in Oesterreich. — Die letzten vernünftigen Ratten haben das untergegangene altösterreichische Kaiserschiff verlassen!

Daß am Hofe Jitas von Habsburg diese Orientierung der „konservativen Volkspartei“ als unerhörte Apostasie betrachtet wird — man kann es der ehemaligen Trägerin der Doppelkronen nicht übel nehmen, sie lebt eben in einer anderen Zeit und hat seit 1918 nichts vergessen und nichts gelernt. Doch darüber hinweg schreitet die Entwicklung der Zeit und das über der neuen Epoche des deutschen Volkes stehende Flammenvort: Selbstbestimmungsrecht. Wohl war dieses Recht — soweit das deutsche Volk in Betracht kommt — noch im jugendlichen Entwicklungsalter, man möchte fast sagen ein Kind; doch dieses Kind wuchs und führte mit milder Hand Verirrte zum Gedanken des Volkstums zurück.

Vom Sejm.

Eine Kriegsdenkmünze.

Der Sejm erörterte gestern weiter den Kommissionsbericht über die Verhältnisse in den Gefängnissen Polens. Der Abg. Jygmunt Piotrowski von der Sozialistenpartei stellte fest, daß die Gefängnisse in der neueren Zeit nicht nur in Polen, sondern auch in Frankreich und Amerika einen ziemlich geringen Fortschritt erfahren hätten. Was den Bericht der Kommission betrifft, so sei daraus zu entnehmen, daß in Polen nicht das Brüllsystem bestehe, aber zugleich sei daraus ersichtlich, daß die Verhältnisse in den Gefängnissen nicht ganz zufriedenstellend seien. Als der Redner, der mit den vorgelegten Ausführungen des Abg. Brzypupa polemisierte, im Laufe seiner Rede erwähnte, daß in Sowjetrußland Tausende von Gefangenen in den Gefängnissen gemartert würden, entstand bei den Kommunisten ein großer Lärm. Der Abg. Piotrowski sagte (zu den Kommunisten gewandt): „Mit Lärm werden Sie nicht die Hölle verurteilen lassen, die aus den gruseligsten Gefängnissen gegen den roten Terror kommen.“ Der Abg. Brzypupa begnügt sich zu antworten: „Nicht ein politischer Gefangener...“ Darauf der Marschall: „Ich weise Sie darauf hin, Herr Abgeordneter, daß Sie nicht ermächtigt sind, hier Erklärungen im Namen Sowjetrußlands abzugeben.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden alle Entschließungen, die eine Befreiung der Missetäter erstrebten, angenommen. Der Antrag um Aufhebung des Heiligenkreuz-Gefängnisses wurde mit 235 gegen 124 Stimmen abgelehnt. In namentlicher Abstimmung lehnte der Sejm eine Entschließung ab, in der die Einstellung der Vernehmung politischer Gefangener nach Gefängnissen, wo keine Erleichterungen für politische Gefangene bestehen, verlangt wird. Das Stimmenverhältnis war hier 143 zu 122. Desgleichen wurden alle Minderheitsanträge abgelehnt. Nach Zurückstellung des Gesetzes über die Rekruteneinziehung für das Jahr 1926 wurden ohne Diskussion alle Änderungsanträge des Senats zum Gesetz über die Erhebung von direkten Steuern und bestimmten Finanzabgaben in Getreide und Rohle angenommen. Nach eingehender Berichterstattung des Abg. Kapelanski von der Agrarpartei über die Mißbräuche in der Verwaltung der Eisenbahndirektion von Radom wurde eine Entschließung angenommen, in der der Eisenbahnminister aufgefordert wird, die Untersuchung zu beschleunigen und binnen drei Monaten dem Sejm einen eingehenden Bericht vorzulegen. Der Abg. Sieczkanski vom Nat. Volksverband begründete die Gesetzesvorlage über eine Denkmünze für die Kriegsteilnehmer um die Festigung der Unabhängigkeit und der Grenzfestigung Polens. Der Abg. Rosciakowski von der Agrarpartei machte den Vorschlag, dem blauen Band der Medaille eine schwarze Streifen zu geben, damit sie nicht allzu sehr an den Orden Virtuti militari erinnere. Dem Vorschlag widersetzte sich der Vertreter des Kriegsministeriums, Oberst Petrazewski, indem er bemerkte, daß das Verdienstkreuz Virtuti militari in seinem eigenen Licht leuchte und ihm keine Herabsetzung drohe, während die neue Medaille durch die Ähnlichkeit des Bandes an Würde gewinne und eine größere moralische Genugtuung verschaffe. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen. Der Vorschlag des Abgeordneten Rosciakowski fand keine Mehrheit. Zum Schluß der Sitzung wurden alle Änderungsanträge des Senats zum Gesetz über den Obersten Verwaltungsgewichtshof angenommen. Die nächste Sitzung ist auf heute nachmittags anberaumt worden.

Polen und Litauen.

Aus Wilna wird von einem neuen polnisch-litauischen Grenzzwischenfall berichtet. Im Bezirk des Waldes Podgaje sollen die Litauer versucht haben, die Verbindung mit der polnischen Polizeizentrale zu unterbinden, um bei einem Ausfall volle Freiheit des Handels zu haben.

Freigesprochene Redakteure.

Die „Rzeczpospolita“ schreibt in Nr. 81 vom 26. März: „Der frühere Premier und Finanzminister Grabski hat bekanntlich eine ganze Reihe von Presseverbrechen angekreuzt. Die Krakauer Staatsanwaltschaft hatte u. a. eine strafrechtliche Verurteilung Grabski durch die Reaktion der „Polonia“ in einer Karikatur erblickt, die den Titel trug „Gebi alles zum Wand, ich bleibe im Land“ und den früheren Minister Grabski beim Ausverkauf der Monopole darstellte. Der Staatsanwalt zog die Redakteure Zabawski und Hanik zur Verantwortung. Der Redakteur Zabawski erklärte, daß die Karikatur ein Mittel des politischen Kampfes sei, das in der ganzen Welt üblich wäre. Er wies auch darauf hin, daß die Karikatur nicht nur in der „Polonia“, sondern auch in der Warschauer „Rzeczpospolita“ erschienen sei. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß Warschau etwas anderes sei als Oberschleßen, wo solche Spottereien über den Premier auf die Achtung der Obrigkeit schlecht einwirkten. Der Redakteur Zabawski erwiderte, daß das Vertrauen zu Polen mehr durch die fehlerhafte Politik Grabskis, als durch eine ungeschickte Karikatur untergraben worden sei. Das Gericht beschloß, beide Redakteure freizusprechen.“

Dem „Kurjer Powszeczny“ wird aus Berlin gemeldet: „Gestern fand am Nachmittag von 5—7 Uhr nach dreiwöchiger Pause eine gemeinsame Sitzung der deutschen und der polnischen Liquidationskommission statt. Die polnische Seite vertrat Prof. Winiarski, die Deutschen der Vollmachtsminister Goeppert. In dieser Sitzung erklärte der polnische Delegierte den Verzicht auf das zugehörige Recht der Liquidation gegenüber den Gütern von sog. Geburtspolen (!) im Augenblick des Zustandekommens des deutsch-polnischen Liquidationsvertrages, um den verhandelt werde. Die Deutschen erklärten dies für durchaus nicht ausreichend und griffen hartnäckig auf die erste Forderung zurück, die polnische Regierung solle überhaupt auf jegliche Liquidation deutscher Güter in Polen verzichten. Der Vorsitzende der deutschen Kommission, Goeppert, warf in einer den gebräuchlichen diplomatischen Formen wenig entsprechenden Weise den Polen bösen Willen vor, der gegen eine schnelle Beendigung der Verhandlungen gerichtet sei und sagte, daß die Art der Durchführung der Liquidation nicht angemessen wäre (ausgeblüht ungenügende Entschädigung der Liquidanten). Dieses Argument führt zu der Annahme, daß die Liquidation reiflos geschieht. Der Vorsitzende der polnischen Kommission protestierte ganz entschieden gegen solche Äußerungen und stellte fest, daß die polnische Regierung bislang genügend Beweise ihres guten Willens erbracht habe, indem sie den Deutschen gegenüber, die sich nur auf Forderungen beschränkten, ständige Nachgiebigkeit zeigte. Trotzdem hat Herr Goeppert die polnische Delegation, ihrer Regierung den Vorschlag gänzlicher Einstellung der Liquidation deutscher Güter in Polen und einer Antworterteilung bis zum 15. April zu unterbreiten. Prof. Winiarski antwortete, daß er seiner Regierung ganz genau über den Verlauf der Konferenz berichten und die deutsche Forderung mitteilen werde, aber keine Garantie geben könne bezüglich ihrer Erfüllung und der Juchhaltung der Frist für die Antwort. Die Deutschen zeigten in untrüglicher Weise, daß sie in ihren Forderungen das Maß überschritten (!) haben. Wenn man die Auffassung einer Forderung in solcher Form als Taktik betrachtet, dann kann man feststellen, daß sie ganz zielbewußt nach dem Abbruch der Verhandlungen streben. (!) Die Deutschen wünschen, daß die polnische Regierung die Liquidation ganz einstellt, wofür sie bereit sind, mit ihr über eventuelle Entschädigungen zu verhandeln.“

Im „Kurjer Powszeczny“ (Nr. 134 vom 23. März) lesen wir: „Das Gesetzentwurf hat für uns günstige Seiten. Vor allen Dingen sollte es gewissen Warschauer Politikern die Augen öffnen und sie davon überzeugen, auf welche mühe Grundlagenten sie ihre Täuschung von der Möglichkeit einer Verständigung und der Anknüpfung korrekter Nachbarbeziehungen mit Deutschland gestützt haben. Die Deutschen haben vielleicht etwas zu früh ihre Karten in Genuß gegeben. (!) Ihr feindliches Verhalten gegenüber Polen (!) hat allgemine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Die Vürsprecher einer Verständigung mit ihnen um jeden Preis haben eine bescheidene Niederlage (!) erlitten. Unsere Locarnomänner werden wahrscheinlich in ihrem Feindeserfahrungen und nicht so schnell dazu bereit sein, die lebenswichtigen Staats- und Volksinteressen dem unergründlichen Stingspinst der Gewinnung deutscher Reichthümer zu opfern. Im Namen des Locarnogeistes haben wir auf eine so wichtige Errungenschaft (!) Verzicht geleistet, wie es das Recht der Optanten ausweist. Ohne jeden Ersatz und sogar ohne ein Wort des Dankes von deutscher Seite, buchstäblich ihrer eigenen Augen wegen.“

Im Namen dieses Locarnogeistes haben die Deutschen von uns letztes verlangt, auf ein zweites, nicht minder wichtiges Recht zu verzichten, das uns im Friedensvertrag gewährleistet ist, auf das Recht der Liquidation deutscher Güter, ohne uns auch hier etwas dafür zu geben. Solche Vorlegung dieser Frage durch die Deutschen sieht einfach nach Frechheit aus. Unser Standpunkt in der Liquidationsfrage ist den Lesern bekannt, denn wir haben wiederholt davon geschrieben. Wir waren bisher und sind weiter der Meinung, daß dies auf gleicher Stufe mit dem Recht der Optanten ausweisung eines der wirksamsten Mittel zur Entdeutschung des Landes und zur Loswerdung eines feindlichen fremden Elements ist, das während des Friedens unwillkommen ist und im Kriegsfall dem Staate geradewegs unüberwindliche Gefahren bringt. Die Deutschen sehen das sehr wohl ein, und deshalb sind sie in jeder Weise bemüht, der Liquidation entgegenzuwirken. Wir aber, richtiger unsere führenden Kreise sehen das weniger ein, und deshalb erklären wir uns leichtem Herzens zu Zugeständnissen bereit. Es kommen zwar Fälle vor, daß es sich lohnt, auf große Dinge zu verzichten. Das geschieht immer dann, wenn man dafür einen Gegenwert erlangen kann, der nicht weniger wertvoll und bedeutend ist. Man wirft dann diese großen Dinge in die Waagschale der Gabel, wobei der Grundsatz „do ut des“ gewöhnlich die entsprechende Rolle spielt.

Aber von jemandem zu verlangen, daß er auf die wichtigsten ihm zustehenden Rechte für nichts und wieder nichts verzichten soll, das ist der Gipfel der Dreistigkeit, oder man rechnet dabei auf die absolute Dummheit des Gegners. (!) Vielleicht auch beides zusammen. Halten uns doch die Deutschen nicht umsonst immer noch für „bunne Polacken“. (!) Wenn es mit der Einstellung der Optanten ausweisung gelang, warum sollte es dann nicht auch mit der Liquidation gelingen? Es scheint, daß sich die Deutschen nicht sehr geirrt haben. Die letzten Nachrichten aus Berlin bestätigen diese Annahme.

Vom „Locarnogeist“ hypnotisiert, sind wir dort auf jegliche Zugeständnisse eingegangen, ohne an die Folgen zu denken und ohne uns auch nur die Frage vorzulegen, warum wir gerade allein die Kosten des in Locarno besiegelten Jhdls mit den Deutschen tragen sollen. Während der Handelsvertragsverhandlungen in Berlin haben die Deutschen bekanntlich auch politische Fragen berührt, vor allen Dingen aber die Frage der Liquidation. Sie haben es zunächst unsicher, dann aber, als sie unsere Nachsicht und Neigung zu Zugeständnissen sahen, mit der ihnen eigenen Arroganz. Zur Prüfung der Liquidationsfrage ist eine gemischte Kommission einberufen worden, deren Vorsitzender von polnischer Seite der Professor Winiarski aus Polen wurde. Die Zentralbehörden in Warschau hatten den Grundsatz aufgestellt, daß man von Zugeständnissen an Deutschland — natürlich gegen einen entsprechenden Gegenwert — nur insofern sprechen könnte, als diese Zugeständnisse Objekte betreffen sollten, die noch nicht zur Liquidation qualifiziert wurden. Alles das, was man schon zur Liquidation bestimmt hatte, sollte von den Verhandlungen ausgeschlossen werden, selbst wenn die Liquidation solcher Objekte in Wirklichkeit noch nicht durchgeführt wäre.

Ein sehr wichtiger Grundsatz, denn sonst wäre im Falle seiner Antastung der deutschen Ansprüche kein Ende gewesen. In diesem Sinne legte das Kommissariat des Hauptliquidationsamtes in Polen ein Verzeichnis der der Liquidation unterliegenden, aber noch nicht für die Liquidation bestimmten Objekte vor. Nur diese sollten Gegenstand der Verhandlungen sein, während alle anderen weiter liquidiert werden sollten. Nun traten aber hier ganz unvorhergesehene Dinge ein. Das Hauptliquidationsamt begann auf Grund von Weisungen, die es vom Außenministerium erhalten hatte, die ganze Liquidationsaktion aufzuhalten, um sie dann ganz zu hemmen. Das Liquidationskomitee beschloß, während das

Hauptliquidationsamt in Warschau die Durchführung dieser Beschlüsse aufhält. Das Kommissariat in Polen geht seinen Weg, und das Hauptliquidationsamt geht auch seinen Weg. Darüber ließe sich viel schreiben. Wir wollen aber die Leser mit der Aufzählung von Einzelheiten nicht langweilen. Wir stellen nur die Tatsache fest, daß die Liquidation infolge solcher Taktik schon seit längerer Zeit tatsächlich in die Schwebe kam. Zugleich hat das Außenministerium, ganz vom „Locarnogeist“ durchdrungen, gegenüber den Deutschen weitgehende Verpflichtungen übernommen bezüglich der Liquidationsbefreiung der Güter von Deutschen, die in Polen geboren sind, sowie bestimmter Güter, die als Liquidationsobjekte bereits erklärt wurden.

Wir haben uns nicht für zuständig, die Frage der Liquidationsfähigkeit von Deutschen, die in Polen geboren sind, zu entscheiden, weil dies eine streng juristische Frage ist. Wir bemerken nur, daß hervorragende Kenner dieser Sache solche Deutschen als Liquidationsfähig ansehen.

Was nun aber die Befreiung der zweiten Güterkategorie betrifft — von Gütern, die für die Liquidation schon bestimmt worden sind —, so widerspricht sie dem ausdrücklichen Warschauer Beschluß und bildet einen überaus gefährlichen Präzedenzfall. Wenn wir nur eins dieser Güter befreien, dann werden die Deutschen die Befreiung eines zweiten, dann eines dritten, zehnten, hundertsten Gutes verlangen, und so fort. Der Forderungen wird kein Ende sein, und hinter die ganze Liquidation kann dann ein Fragezeichen gesetzt werden. Unsere Abgeordneten mühten über den gegenwärtigen Stand der Liquidation im Lichte obiger Bemerkungen von der Regierung Aufklärungen verlangen. Wir haben die Sache vollkommen real dargestellt, indem wir die große Bedeutung der Liquidation einsehen und im Prinzip für ihre völlige Durchführung sind, sehen wir dennoch ein, daß manchmal die Notwendigkeit zu Zugeständnissen und Kompromissen zwingt. Aber für solche Zugeständnisse mag doch die andere Seite mit gleicher Münze zahlen, und nicht, daß sie uns Zugeständnisse verspricht oder von uns verlangt, daß wir Zugeständnisse machen, um nur von unserer Seite Veröhnungsgeist zu betonen. Wir verlangen von unseren Politikern mehr Rückständigkeit und Realismus, vor allen Dingen aber Verantwortlichkeit für die deutsche Psyche, das ihnen leider immer fehlt!

Der „Kurjer Powszeczny“, der sich hauptsächlich mit der Liquidationsfrage beschäftigt, wagt es auch in diesem Artikel wieder mit der Wahrheit hinterm Berge zu halten. Obwohl diese Taktik bei seiner Gesetzbefassung durchaus begrifflich ist, soll von uns immer und immer wieder, indem wir beide Teile zum Wort kommen lassen (die polnische und die deutsche Auffassung) der Wahrheit gedient werden, auch wenn wir bereits zu Hunderten von Malen dasselbe gesagt haben. Dieser Artikel zeigt wieder einmal die ganze mittelalterliche Auffassung von einem „Recht“, das nur formal besteht. Aber die Einstellung der Optanten ausweisung als ein „Reichen von Locarnogeist“ wollen wir nicht streiten. Daß diese Ausweisungseinstellung auf Gegenseitigkeit beruht, beschweigt das Blatt noch immer, und es gibt niemanden in Polen, der sich darüber ernsthafte Gedanken macht.

„Entdeutschung des Landes“ obwohl man immer wieder behauptet, daß es den Deutschen hier gut geht und daß ihnen kein Mensch ein Unrecht zufügt! Auch eine Auffassung modernen „Locarnogeistes“, die leider noch immer nicht genügende Beachtung findet. Über die anderen kindischen Behauptungen von der „deutschen Gefahr im Kriege“ sei mit einem Achselzucken hinweggegangen.

Wir stellen aber den übrigen Behauptungen gegenüber fest:

1. Das „Recht auf Liquidation“ nach dem Versailler Friedensvertrag ist begründet worden mit der „brutalen preußischen Enteignung“ von vier Gütern, die Preußen nicht nur im Wert abgeben, sondern sogar überbezahlt hat. Dafür hat Polen 9000 (neuntausend) Objekte liquidiert, und sie so außerordentlich minderwertig entschädigt, daß das gemischte deutsch-polnische Schiedsgericht in Paris den polnischen Staat zu einer Nachzahlung von nahezu 120 Millionen Goldmark verurteilt hat. Das deutsche „Unrecht“, vier Güter mit insgesamt 1656 Hektar enteignetem und glänzend bezahltem Boden, ist in Polen mit neuntausend Gütern und insgesamt 194 000 Hektar bisher „gutgemacht“, ohne daß eine dem Wert entsprechende Abfindung erfolgte. Dabei sind aber noch die städtischen Besitzungen, Wohltätigkeitsanstalten, die Preußen niemals anzutasten gewagt hat, nicht beachtet.

2. Wie „glänzend“ die Liquidierten entschädigt werden, zeigen die Abrechnungen im „Monitor Polski“, wobei es vorkommt, daß man den Liquidierten nicht nur ihren Besitz abnimmt und minderwertig begutachtet, sondern daß man dann Abrechnungen aufmacht, wonach der Liquidierte noch etwas zu zahlen muß für das Vergnügen, daß ihm sein Eigentum abgenommen worden ist.

3. Es taucht nunmehr die Frage auf, welche Angebote hat eigentlich Polen für die Einstellung der Liquidation gemacht? Bekanntlich darf nur der Besitz von den Personen liquidiert werden, die laut Versailler Friedensvertrag deutsche Reichsangehörige sind. Polnische Staatsbürger deutscher Nationalität können unter keinen Umständen liquidiert werden. Die genauen Bestimmungen, was deutsche und polnische Staatsbürger sind, regelt das Wiener Abkommen, der Schiedsspruch von Raedenebeck. Wenn nun das Posener Rechtsblatt behauptet, daß das Entgegenkommen der Liquidationskommission von Polen so weit gehe, auf den Besitz zu verzichten, der rechtlich gar nicht liquidiert werden kann, so können wir bei Gott verstehen, daß dies „Entgegenkommen in der Liquidationsfrage“ von seiten der deutschen Delegation auf schroffen Widerstand stoßen muß. Denn etwas, was man nicht besitzt, kann man bekanntlich nicht verschenken. — oder: was das Liquidationskomitee nicht liquidiert darf, darf und kann es bekanntlich nicht zur Grundlage von Verhandlungen machen. Daraus resultiert also, daß dies „Entgegenkommen in der Liquidationsfrage“ nur ein Propagandamittel sein soll, was ohne weiteres wie ein Rohrn aufgefacht werden kann. Und wir Deutsche verwahren uns dagegen, daß man uns in unserem Leid noch verhöhnt.

4. Wenn das Blatt behauptet, es leben „berühmte Rechtslehrer“, nach denen das Eigentum von polnischen Staatsbürgern auf liquidiert werden kann, so wollen wir auf diesen Irrsinn der „Rechtslehrer“ nicht näher verweisen. Danach wäre es nämlich möglich, daß das Liquidationskomitee eines schönen Tages auch das Liquidationsverfahren gegen die Besitzungen des „Kurjer Powszeczny“ selber aussprechen kann, der ja auch polnisches Staatsbürger gehört. Oder aber er muß notwendig die Bürger Polens in zwei Klassen auch offiziell teilen. Die privilegierten Staatsbürger erster Klasse mit dem patriotischen Partizipanten und die Bürger zweiter Klasse, die wehrlos sind, nur ihre ganze Zuversicht auf das Recht stützen, sonst aber hauptsächlich der Wahrheit ins Auge sehen.

Der „Kurjer“ zeigt uns seine Einstellung wieder: Eyt, deutsch des Landes. Herr Prof. Winiarski aber ist in gleicher Anschauung befangen. Moralisch ist das Recht auf die Liquidation längst erloschen. Formal bringt es dem Staate keinen Ruhm, und praktisch kostet das Vergnügen der Entdeutschung nur unermessliche Summen Geld. Wir müssen es der Geistesverwirrung überlassen, hier den alten Weg weiter zu gehen. Und wir müssen der Vernunft vertrauen, die zuletzt doch über solche Anschauungen siegt.

Ist Polen ein Geängnis?

Etwas von den polnischen Konsulaten in Deutschland Interpellation

des Abgeordneten Graebe von der Deutschen Vereinigung und anderer Abgeordneten an den Herrn Außenminister wegen Nichterteilung von Einreisevisen an die Angehörigen von polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität durch die polnischen Konsulate im Auslande.

Schon am 6. Juli 1925 wandten wir uns in der gleichen Angelegenheit mit einer Interpellation an den Herrn Außenminister und wiesen darauf hin, daß bei der ungeheuerlichen Erschwerung der Ausreise für polnische Staatsbürger deutscher Nationalität, welche fast immer den unerwünschten Betrag von 500 Zloty für ein Ausreisevisum zahlen müssen, wenigstens bezüglich der Einreise von Angehörigen zu Familienbesuchen ein größeres Entgegenkommen seitens der auswärtigen polnischen Konsulatsbehörden gezeigt werden müsse. Wir machten darauf aufmerksam, daß jegliche Familienbände durch das augenblickliche Verfahren zerrissen würden und daß sogar in dringenden Fällen und bei besonderen Gelegenheiten die Einreise verweigert wurde.

Dieses beliebte Verfahren liegt absolut nicht im Interesse des Staates, denn einerseits kann das Hereinbringen von Valuten, wie sie Reisende mit sich führen, bei der katastrophalen Lage unseres Wirtschaftslebens nur von Nutzen sein, andererseits machen diese Einreiseverweigerungen im In- und Auslande derartig böses Blut, daß es gerade nicht sehr dienlich für den Ruf dieses Staates ist.

Wenn in dem Antwortschreiben des Herrn Außenministers vom 28. 8. 25 Nr. S. W. P. 392/25 gesagt wird, daß eine Reihe neuer Instruktionen ausgearbeitet worden wäre, und durch Schreiben vom 20. Oktober 25, S. W. P. 481/25 ergänzend bemerkt wird, daß die von uns angeführten Einzelfälle inzwischen wohlwollend erledigt werden würden, so müssen wir heute doch wieder mit Bedauern feststellen, daß eine Wendung zum Besseren nicht nur nicht eingetreten ist, sondern daß immer größere Schwierigkeiten gemacht werden. Wir müssen ferner hervorheben, daß trotz wiederholter Genehmigung und besonderer Befürwortung der heimatischen Ortsbehörden die auswärtigen Konsulate rücksichtslos Ablehnung auf Ablehnung folgen lassen. Wir bedauern das um so mehr, als wiederholt Harten eingetreten sind, die bei etwas gutem Willen hätten vermieden werden können.

Zum Beweise dafür, daß es sich nicht um unbegründete Klagen handelt, greifen wir wiederum wahllos einige besonders trasse Fälle heraus.

a) Frau Erna Sachitz, wohnhaft in Berlin-Johannistal, Raminertstraße 3, I, hat seit dem Jahre 1921 ihren alten, in Bromberg wohnhaften Vater und ihre gleichfalls dort lebenden Geschwister nicht gesehen. Die Bromberger zuständige Behörde hat die Einreise genehmigt, alle Bemühungen scheitern aber an dem Nichtwollen des Generalkonsulats in Berlin.

Man wird doch schließlich einmal seine Tochter ihren Vater besuchen lassen. — Antwort des Generalkonsulats Berlin liegt bei.

b) Herr Schönböcker, Hannover, Bobbielstraße 9, II, hat seine alte 85jährige Mutter in Posen, seiner alten Heimat, verloren. Es ist natürlich, daß er den Wunsch hat, seine Mutter noch einmal wiederzusehen. Alle Versuche, für sich und seine Ehefrau ein Einreisevisum zu erhalten, sind seit Jahren vergeblich.

c) Sattlermeister Komalewski, Czarnikau beantragte im März 1925 die Einreise für seine in Berlin verheiratete Tochter Marie Woelfi und deren 12jähriges Kind. Der Antrag wurde abschlägig beschieden. Auch ein Antrag der Tochter beim Berliner Konsulat wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Im Dezember 1925 stellte Komalewski erneut einen Antrag bei der Starostei Czarnikau, erhielt auch Quittung, daß das Gesuch weitergeleitet sei. Vom Konsulat Berlin wurde Frau Woelfi das Visum ohne Angabe von Gründen verweigert. Die drei gestellten Anträge verursachten erhebliche Kosten. In Czarnikau kostete ein Antrag 16 Zł, in Berlin mußte Frau Woelfi 10 Zł für ihren Antrag zahlen.

d) Frau Schiller-Wroffsch, Kreis Wirsb, stellte einen Antrag auf Einreise für ihren Schwiegersohn E. Baehr zwecks Regelung von Geldangelegenheiten und wegen Krankheiten in der Familie. Der Antrag wurde am 15. 7. 25 vom Konsulat Berlin abgelehnt. Gegen zwei weitere Anträge für ihre Tochter. Drei ablehnende Antworten des Generalkonsulats Berlin werden beigelegt.

e) Maurermeister Rühl-Strelno stellte beim Konsulat Stettin Einreiseantrag für seinen Sohn, der am 17. 12. zu einem Termin beim Amtsgericht Strelno geladen war. Trotz Eingabebrief, Rücksprache, Telegramm an das Stettiner Konsulat hat Rühl bis heute noch keine Antwort.

f) Architekt Walter Lenz in Königs-Morowowa Nr. 72, den wir bereits in der Interpellation vom 6. Juli genannt hatten, hatte als Reisegrund für seine Angehörigen „Feier der silbernen Hochzeit“ angegeben; eine solche Begründung für eine derartige Familienfeier dürfte doch ausreichend sein.

g) Frau S. de Maigere in Sarkus bei Brodsk (Polen) hatte den Wunsch, ihre Tochter Frau von Schwarz, Bromberg, Obankstraße 20, die sie seit Jahren nicht gesehen hatte, im Oktober 1925 zu besuchen; eine Einreiseerlaubnis war ebenso wenig zu erlangen als für die Schwester der Frau von Schwarz, einer Frau Hedwig Hoyer in Oliva, Heimstätten 7, die mit ihrem Mann, Herrn Wilhelm Hoyer, zum Weihnachtsfeste nach Bromberg kommen wollten.

h) Frau Auguste Groß, wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Königin-Elisabethstraße 52, II, hat seit zwei Jahren ihre Tochter, Frau Luz, Sepolno (Pomoran) nicht gesehen und besuchen können. Nun steht zu Pfingsten eine Einsegnung des Enkelsohnes bevor; eine Einreiseerlaubnis bleibt aber nach wie vor zweifelhaft.

Derartige Fälle gibt es in Hülle und Fülle. Jeder Unbefangene aber wird zugeben, daß ein solches Verfahren auf die Dauer unerträglich ist und der Eindruck in der Welt erweckt wird, als wenn dieser Staat Polen ein Gefängnis wäre.

Wir fragen daher den Herrn Minister des Auswärtigen an:

1. Ist irgend eine Bestimmung erlassen, welche den Konsulaten aufträgt, die Einreise von Deutschen, auch wenn sie Angehörige als polnische Staatsbürger haben, einzuschränken?
2. Ist er bereit, formelle Anweisungen für eine Erleichterung der Einreise zu geben?
3. Wird er die angeregten Fälle prüfen und für Remedur Sorge tragen?

Warschau, den 24. März 1926. Die Interpellanten.

Republik Polen.

Regulierung der Weichsel.

Der Kreistag von Sochaczew hat sich an den Minister für öffentliche Arbeiten mit einer Denkschrift gewandt. In der auf die Notwendigkeit der Regulierung des linken Weichselufers auf einer Strecke von 57 Kilometern hingewiesen wird. Der Kreistag verlangt von der Regierung einen Kredit von 385 000 Zloty.

Selbstmord.

Wie die „Agencja Wschodnia“ aus Warschau meldet, hat der Professor Lucjan Komarnicki, der zugleich Direktor eines Wächterpensionsinstituts war, im Alter von 41 Jahren Selbstmord verübt, indem er den Gasbrenner öffnete, sich die Adern durchschnitt und Gift nahm.

Er hinterläßt einen 15jährigen Sohn. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

Danzigs Wirtschaftslage.

Die Haushaltsrede des Senatspräsidenten.

Senatspräsident Sahm hielt im Danziger Volkstag eine große Haushaltsrede. Augenpolitisch sprach er die Hoffnung aus, daß der Völkerverbund die ungewissenhaft vorhandene Krise überwinden möge. Das Verhältnis zu Polen werde gekennzeichnet durch eine lebendige Fühlungnahme nach Erledigung der großen Zahl früherer Streitpunkte durch Völkerverbundsentscheidungen. Leider sei die wichtige Neuordnung des Zollverhältnisses noch ungelöst. Das natürliche, auf ungeschriebem Geleis beruhende Verhältnis zum Deutschen Reich bleibe unverändert. Wer hieran rühren wolle, werde auf Granit stoßen. (Beifall.) Die Regelung des Danziger Schulwesens sei ganz nach deutschem Vorbild erfolgt. Besonderen Dank stante Danzig für die Aufnahme der Seeverbindung Swinemünde-Danzig-Billau und die Wahl des Namens der Danzigschiffahrt Danzig für die deutschen Schiffe ab. Im Jahrhundert des Verkehrs leide Danzig seit sechs Jahren an mittelalterlichen Verkehrsbeschränkungen. Unerträglich sei der polnische Bismarck für Reisende nach Danzig; Transitzüge nach Danzig nach dem Vorbild der Ostpreußenzüge müßten von Polen billigerweise aufgegeben werden. Alle an Danzig interessierten Nationen würden Vorteile davon haben. (Beifall.)

In finanzieller Hinsicht sei der Haushalt aufgestellt nach dem Grundsatz, mit kleinen Einnahmen möglichst großen Ruhezustand zu erzielen. Danzig leide unter der allgemeinen Wirtschaftskrise besonders schwer aus folgenden Gründen: einmal sei infolge der Zollwirtschaftsunion mit Polen die Rückwirkung der polnischen Krise auf Danzig besonders schwer; zweitens erfordere ein kleines Staatswesen besonders große unvermeidbare Ausgaben. Und drittens habe Danzig bei der Abtrennung von Deutschland eine zu große Bevölkerung übernommen, die nachher noch übersteigert worden sei, ohne ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit. Das Sparprogramm des Senats habe zu einem außerordentlichen Abbau des Verwaltungsapparats geführt. Alle Selbsthilfe bleibe aber unzulänglich, wenn nicht andere Lasten erleichtert würden. Dazu gehörten die Belastungen der freien Stadt auf Grund des Versailler Vertrages. Danzig habe als einziger Staat neben Deutschland bisher wesentliche Beiträge auf die Entschädigungsrechnung abgeführt; für 1926 würden Zahlungen aber nicht möglich sein. Er appelliere daher an die Öffentlichkeit, Rücksicht zu nehmen auf die unter dem Schutz des Völkerverbunds stehende freie Stadt und ihr keine untragbaren Lasten aufzuerlegen. Senatspräsident Sahm berührte dann die Erwerbslosenfürsorge und machte eine Besserung der Wirtschaftslage von der Beseitigung der polnischen Krise und einem deutsch-polnischen Handelsvertrag abhängig. Er kündigte die Einführung des Tabakmonopols an und stellte ein Spiritusmonopol in Aussicht. Die Kollektoren seien durch die polnische Wirtsschließung der Einfuhr für Danzig auf die Hälfte zurückgegangen. Polnische Angaben darüber seien unaufrecht, weil Danzig gezwungen sei, die Zollverwaltung selbst zu unterhalten. Aberhaupt verbreite die polnische Propaganda, obwohl Polen Danzig arbeitspolitisch verleihe, muß, ungenügend und irreführende Nachrichten über den Freistaat. Die Preissteigerung sei nicht erfolgreich geblieben. Der verheißene Steuerabbau sei sehr schwierig, werde aber gefördert werden. Vorübergehend aufzunehmen von Auslandsanleihen sei zu warnen, so lange nicht die Sicherheit bestehe, daß die erforderliche Rente herausgewirtschaftet werden könne. Der Senat habe die Staatsgarantie für die von der Danziger Landwirtschaft geplante Amerikanleihe nicht übernehmen können.

Der Senatspräsident schloß mit der Zusage, daß ein Vortritt der freien Stadt nicht eintreten werde, und bezeichnete als Ziel des Danziger Strebens, zu atmen in freier deutscher Luft. Beifall folgte seiner Rede. Die Parteien werden am Donnerstag und Freitag Stellung zu der Frage nehmen, worauf die Volkstagsferien beginnen.

Wird Benesch zurücktreten?

Das „Ceske Slovo“ berichtet über den Rücktritt des tschechischen Landwirtschaftsministers Benesch und nennt bereits seinen Nachfolger. Das Blatt schreibt, daß in politischen Kreisen die Rücktrittsabsichten des Außenministers lebhaft besprochen werden und daß sich alle Parteien über die Notwendigkeit einig sind.

Die Tatsache, daß Dr. Benesch als einziger Parlamentarier im Beamtenministerium Czerny sein Portefeuille beibehalten hat, hat eine heftige Kampagne gegen ihn entfesselt. Die besonders von den Sozialisten geführt wird, deren feindselige Stellungnahme schon bisher bekannt war. Auch die tschechischen Agrarier nehmen nunmehr den Posten des Außenministers für ihre Partei in Anspruch.

Besonders auffallend ist, daß heute das „Ceske Slovo“, das Organ der Partei des Außenministers, die Möglichkeit eines Rücktritts Dr. Benesch's offen läßt und sogar schon den Gesandten Dumja als seinen Nachfolger nennt.

Darüber berichtet die „Wiener Allgemeine Zeitung“: Zu der in der tschechischen Presse aufgeworfenen Frage, ob Minister Dr. Benesch in der Beamtenregierung als Abgeordneter verbleiben könne oder sich entschließen müsse, entweder auf sein Abgeordnetenmandat oder auf sein Ministerposten zu verzichten, erklären die tschechischen Sozialisten, daß sie kein Interesse daran hätten, daß Dr. Benesch sein Mandat als Abgeordneter niederlege. Im übrigen hätten die führenden Koalitionsparteien mit denen Dr. Benesch in Verhandlungen eingetreten sei, die Entscheidung zu treffen. Diese Verhandlungen seien jedoch noch nicht beendet, so daß eine endgültige Entscheidung erst in den nächsten Tagen fallen würde.

London und Brasiliens Veto.

London 26. März. (N.) Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ betont, ist man in politischen Kreisen weder überrascht oder beunruhigt wegen der Absicht Brasiliens bei seinem Veto gegen die Zustimmung eines Völkerverbundsatzes an Deutschland zu verharren. In London sei man der Meinung, daß Brasiliens diese Haltung nur so lange einnehmen werde, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Mächten andauern. Der diplomatische Korrespondent spricht die leise Befürchtung aus, daß Brasiliens seine Politik in der Ratsfrage auch innerhalb des Ausschusses des Völkerverbunds fortsetzen könnte. In diesem Falle würde Deutschlands Zustimmung auf den 31. Dezember d. Js. verschoben werden müssen. Die Völkerverbundsmission tritt am 10. Mai zusammen.

Rußland und die Abrüstungskonferenz.

Die „Za Swobodu i Robinu“ berichtet aus London über die Abrüstungskonferenz und schreibt folgendes: Chamberlain habe auf einige an ihn gestellten Fragen bezüglich der Abrüstungskonferenz geantwortet, daß diese zum 18. Mai nach Genf einberufen worden ist. Der Generalsekretär des Völkerverbunds habe bereits die Antwort auf die Note an Rußland erhalten, in der Rußland die Bedingungen stellt, die Rußland in einem anderen Lande als der Schweiz abzuhalten. Nur in solchem Falle wird Rußland an dieser Konferenz teilnehmen. Die Verlegung dieser Konferenz sei jedoch unmöglich geworden, da alle Staaten bereits Vorbereitungen getroffen hätten, nach Genf zu reisen. Aus Moskau wird demselben Blatt gemeldet, daß Rußland bereit sei an die Vertreter der Länder Italien, Frankreich und England Erklärungen abzugeben, die ihren Standpunkt in Bezug der Konferenz klarlegen soll. Keinesfalls sei die Abrüstungskonferenz auf den Beratungen in Genf teilzunehmen. Nur wenn die Konferenz in Frankreich, Österreich oder der Tschechoslowakei stattfinden würde, würde Rußland seine Vertreter dahin senden und mit den anderen Ländern verhandeln.

Vor einer Militärdiktatur in Rumänien?

Aus Bukarest wird von der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ berichtet:

Der Kampf um die Regierungsmacht in Rumänien, welcher zwischen dem Kabinett Bratianu und dem oppositionellen Block seit mehr als einem Jahr mit steigender Heftigkeit geführt wird, ist vor seinem Ende angelangt. Die jüngst durchgeführten Gemeindevahlen haben dem Regime der regierenden liberalen Partei den Todesstoß versetzt.

Wohl versucht die Regierung, die bei diesen Wahlen erlittene ungeheure Niederlage durch unerhörte Fälschungen in einen Sieg umzuwälzen, allein dieses Manöver hat wenig geholfen. Die terrorisierten Gemeinden haben sich mit Massenprotesten an die Kammer gewendet, welche in die Tausende gingen und das Kabinett Bratianu schwer kompromittierten. Heute sieht es bereits ein, daß seine Position nicht mehr zu halten ist und daß es sich binnen wenigen Tagen zurückziehen muß.

Es gilt allgemein als ganz bestimmt, daß der so heiß ersehnte Regierungswechsel in den ersten Tagen des April, spätestens aber unmittelbar nach den Osterfeiertagen stattfinden wird. Der Kampf geht jetzt um die Nachfolge, und das ist vielleicht die interessanteste und für Rumänien weitestgehend wichtige Episode in dem ganzen Feldzug, denn von der glücklichen Lösung der Frage wird es abhängen, ob Rumänien in eine Epoche ruhiger Entwicklung oder in eine solche staatsgefährlicher Experimente und weiterer Kämpfe einschwenken wird.

Die natürlichste Entwicklung wäre die Übergabe der Regierung an die beiden großen Oppositionsparteien, an die Nationalpartei und Bauernpartei, welche die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben und die Verfassung eines Kabinetts Bratianu-Malancu-Michalache. Gegen diese Entwicklung läßt Bratianu alle Kräfte spielen. Er sucht nach einer Nachfolge, welche ihm die Herrschaft nach kurzer Zeit wieder in die Hände spielen würde. Es sind staatsgefährliche „Entwicklungspäne“, mit denen sich Bratianu trägt, und die verdienen aufgezeigt zu werden. So will er dem Könige vorschlagen, für den Fall, als sich die Bildung eines Koalitionskabinetts überaus unmöglich erweisen sollte, zur Militärdiktatur zu greifen. Es soll dann ein Militärskabinett berufen werden, das die Präzedenz durch Militärregierungen setzt und so lange ohne Parlament regiert, bis sich das Land beruhigt hätte. Hinter diesem Militärskabinett würde natürlich Bratianu als „Metzger“ stehen. Bratianus Pläne werden dadurch erleichtert, daß er bei Hofe viele Mitspieler hat, und daß sich National- und Bauernpartei bisher über die Aufteilung der Regierungsmacht untereinander nicht zu einigen vermochten. Um so gespannter darf man auf die Entscheidung sein, die der König in diesem nicht immer durchsichtigen Intrigenkampf treffen wird.

Aus anderen Ländern.

Tschischlerin und Krassin.

Eine Meldung aus Moskau berichtet, daß Krassin ganz unerwartet nach Moskau von Tschischlerin berufen wurde, um Erklärungen über die gefährlichen Verhandlungen in London abzugeben. Gleichzeitig verlautet, daß die Witte-Nachrichten ihn von seinem Posten als Völkerverbundsminister in Paris zu entheben, nicht gewährt wird. Nach Gerüchten, die in politischen Kreisen laut werden, soll dem russischen Völkerverbundsminister in Paris ein Kommando beigegeben werden, und zwar soll Skwinnow diesen Posten erhalten.

Schwere Explosion auf einem Fischdampfer.

Nach Berichten aus Grimsby ist an Bord eines englischen Dampfers eine Explosion erfolgt, von der 11 Mann der aus dreizehn Mann bestehenden Besatzung getötet wurden. Das Verdeck des Dampfers ist durch gewaltigen Druck den die Explosion verursachte, in die Luft geflogen. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob der Dampfer auf eine Mine gelaufen ist oder ob eine Reflexexplosion erfolgt ist.

Letzte Meldungen.

Fehrenbachs Zustand hoffnungslos.

Freiburg, 26. März. (N.) Der Zustand des früheren Reichsfanzlers Fehrenbach hat sich im Laufe der Nacht und der frühen Morgenstunden derart verschlechtert, daß mit seinem Ableben für die nächsten Stunden gerechnet werden muß.

Wieder eine Gefängnisrevolte.

Im Bialystoker Gefängnis ist nach einer Warschauer Meldung der „Agencja Wschodnia“ eine Gefängnisrevolte ausgebrochen. Auf ein gegebenes Zeichen haben 200 Gefangene die Einrichtung von einigen zehn Zellen demoliert und großen Tumult gemacht. Die Polizei besetzte die benachbarten Flügel, wo die Häftlinge sich ganz ruhig verhielten. Nach der vorliegenden Meldung haben die Gefangenen vom Gefängnisdirektor die Zusage erhalten, daß er ihre Wünsche den Zentralbehörden vortragen werde. Im Zusammenhang damit wird berichtet, daß der Direktor des Gefängnisdepartements im Justizministerium, Slowacki, nach Bialystok abgereist ist.

Schweres Zugunglück auf dem Magdeburger Hauptbahnhof.

Magdeburg, 26. März. (N.) Heute morgen um 6.30 Uhr fuhr in den von Blumenberg kommenden Personenzug eine Manierlokomotive hinein. Sie ersetzte vier Wagen vierter Klasse, die fast vollständig zertrümmert wurden. Da der Unfall direkt vor dem Hauptbahnhof stattfand, wurden vier Hauptgeleise etwa drei Stunden gesperrt. 30 Personen wurden verletzt, davon 6 schwer.

Zur Frage der Ratsfrage.

Madrid, 26. März. (N.) Der spanische Gesandte Balacios ist zum Vertreter Spaniens in der Kommission des Völkerverbunds zur Frage der Ratsfrage ernannt worden.

Malov bleibt im Amte.

Paris, 26. März. (N.) Der Minister des Innern Malov ließ gestern in den Wandelgängen der Kammer erklären, daß er in einigen Tagen nach Paris zurückkehren und sein Amt wieder einnehmen werde. Damit würden alle Gerüchte hinfällig werden, daß Malov bereits dem Ministerpräsidenten mitgeteilt habe, er möge ihn von seinem Amte entbinden.

Ein französischer Erfolg über Syrien.

Paris, 26. März. (N.) „Times“ melden aus Haifa, daß die Stadt selbst, halbwegs zwischen Damaskus und Haifa, von den französischen Truppen genommen worden ist. Die Verluste sollen beträchtlich sein, besonders die der Franzosen.

Argentinien und der Völkerverbund.

London, 26. März. (N.) Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die Regierung verlangte vom Kongreß eine schnelle Abstimmung über die Frage des erneuten Eintritts Argentiniens in den Völkerverbund. Diese Abstimmung ist erforderlich, damit die Regierung die Einladung zur Teilnahme an den Beratungen von Völkerverbundsmitgliedern annehmen kann.

Die Frage der französischen Schulden an Amerika.

Paris, 26. März. (N.) In seiner gestrigen Rede im amerikanischen Senat stellte Senator Smoots den Grundgedanken auf, daß man bei den zu stellenden Bedingungen sich stets der Zahlungsfähigkeit des Schuldners anpassen müsse, und erklärte: Wenn auch die italienische Regierung dies billige, dann dürfte auf keinen Fall dies ein Präzedenzfall für die Regierung in Frankreich sein.



Firma
gegründet 1896.

Grosse Ausstellung und Verkauf echter Perser-Teppiche!

Hunderte echter Perser-Teppiche wie **Tebis — Mahal — Bocchara — Kirman — Schiras — Schirwan — Heris — Nibati — Kazach — Saruk** u. a. Darunter für Kunstfreunde mehrere alte Seidenteppiche von musealem Wert.
Für Echtheit der Herkunft übernimmt die Firma volle Garantie.

Nach erfolgtem Umzug und Vergrößerung meiner Teppich-Zentrale habe mich entschlossen, diesen großen Transport echter Perser als Reklame zu Preisen, die die Hälfte der jetzigen Marktpreise vorstellen anzubieten. — Seltene Gelegenheit, ein Prachtstück von wertbeständigem Kapital außergewöhnlich preiswert zu erwerben. Ein echter Perser war und bleibt der vornehmste Zimmerschmuck. — An jedem Stück befindet sich ein Plakat mit Angabe der Herkunft, der Größe und des Preises. — **Kulante Verkaufsbedingungen!**

KAZIMIERZ KUŻAJ, Poznań, ul. 27. Grudnia 9
Teppich-Zentrale. Brücken — Vorleger — Gardinen — Decken — Läufer und Möbelstoffe.

Jeder Liebhaber alter Teppichkünstler besuche die Ausstellung. Kein Kauf zwang.

Beachten Sie bei Ihren

Ostereinkäufen

meine Schaufensterauslagen!

Ich bringe stets das

Allerneueste in

Hüten (Habig, Borsalino, Wilke etc.)
Krawatten, Handschuhen
Oberhemden, Kragen, Manschetten
Hosenträgern, Taschentüchern
zu billigsten Preisen.

Streng reelle Bedienung.

Marcin Wittkowski

Poznań, plac Wolności Nr. 1.
Gegr. 1903. Gegr. 1903.

Heute entschieß sanft mein innigstgeliebter Sohn, unser
guter Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann Richard Lemke

im Alter von 53 Jahren.

Swarzędz, den 25. März 1926.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 28. März, nachm. 3 1/2 vom
Trauerhause aus statt.

Evangel. Familienabend

Sonntag, den 28. März, abends 8 Uhr im
großen Saal des Evangel. Vereinshauses
mit gütiger Unterstützung des Vorstandes des Evan-
gelischen Vereins „Heimliche zur Heimat“.
Pfarrer Kammel: Oberammergau
und seine Passionspiele.

Eintritt frei!

87 Lichtbilder!

Landesverband für Innere Mission in Polen.

Gebild., strebs. Landwirt, evgl., von gutem Charakter.
Besitzer einer mittleren Landwirtschaft, wünscht

Tauschheirat.

Schwester ang. Ersch. u. wirtschaftl. Schöne Ausst. u. vor-
handen. Diskretion Ehrenf. Gef. Off. m. Darlegung der
Verhältnisse unter Glüd 774 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Möbl. Zimmer, ungen., separ. Eing., Str.
ob. 1. Et. Nähe Haupt-
bahnhof v. Reisenden, d.
ständig auf Tour ist u. Zimmer wenig benutzt, v. 15. 4. evtl.
1. 5. 26 gesucht. Gef. Off. an Hoffmann, sw. Marcin 60 (Laden).

Privatfachlehrer!
Verdichtung schwächerer Kin-
der. Melbg. zwischen 1—4 erb.
(Lazarz) ul. Emilji Soza
nieckiej 1, l. rechts

**Habe billig auch gegen
Zahlung abzugeben:**
1 Drillmaschine, (Premier)
2 Drillmaschinen, 2x19
1 geb. Drillmaschine,
2x19 (Eiderleben)
2 geb. Drillmaschinen
2 1/2x25 (Eiderleben)
Startoffelpflanzlochmaschinen,
2, 3, 4 reitig.

G. Scherfke, Poznań,
ul. Dąbrowskiego 93.

Osterwunschk!

Junge Dame, evgl., einzige
Tochter, welche Eigentum und
Geschäft besitzt. wünscht Be-
kanntheit mit jungem, evgl.
Herrn zwecks späterer
Heirat.
Am liebsten Weichheitsmann od.
Handwerker, Kriegsinvalide
nicht ausgeschlossen. Off. unt.
779 a. d. Geschäfts. d. Bl.

Einheirat

in gangbare Bäckerei wünsch.
evgl. Bäckermeister in mittl.
Jahr, Jungeselle; verm. Witw.
nicht ausgeschl. Entsch. gemeint
Zuschr. erb. u. 783 a. d. Geschäfts.

Kaufe

Hühner und Puten

Josef Glowinski, Poznań,
ul. Gwarna 13.
Fernsprecher 3566.

Schienen

ca. 50 t 65 mm hoch, gut
erhalten, auch in kleineren
Quantitäten

billig abzugeben.

Angeb. unt. 778 an die
Geschäftsst. dieses Blattes.

Noten Eckendorfer

„Rühensamen“

1 Originalabsatz von
Vorties Eckendorf, sortenreine
und sortenechte, hochfeinende
Ware, offerieren per Zentner
30,00 Gulden oder
45,00 Zloty.

Gustav Dahmer, Danzig
Samenexport, Samenbau.
Gegründet 1891.

Bahn-Schwellen
für Normal- u. Kleinbahn, sowie
tief. Schnittmaterial
liefert sehr preiswert
Herm. Raatz,
Soles-Anjawski.

Meerschweinchen

verkauft Diatonienhaus
Poznań, ul. Grunwaldzka 49.

Wohnsalon,
gebr., nicht modern, ital. Auf-
baum, 11 teilig (Sofa, Um-
bau mit Glasröhren, acht-
eckiger Tisch Säulenkörper,
Schrank, 6 Sessel) wegen Aus-
wanderung für 900 Zloty zu
verkaufen. Anfr. unt. 780
an die Geschäftsst. d. Blattes.

Neu!
Zur Anschaffung empfohlen!
Unterz. best. b. d. Buchhandl.
lung d. Drukarnia Contordia,
Poznań, Zwierzyńska 6:
... Sid. Zolhandbuch für
Polen, 8 Bm.
... Sid. Handelsadrez-
buch für Ost- und West-
preußen, geb. 12 Bm.
... Sid. Westermann's
neuer Weltatlas, 30 Bm.
Bibl. in 31 n. Schließel-
zahl. Nach auswärts m. Porto-
zuschlag.
Det. Dat.
Name od. Fa.
Postamt

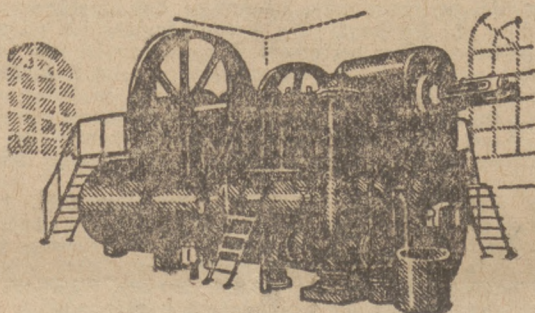
Jagdhund
Rabe, dtsch. Vorrethund od.
Stichelhaar, jung od. adgeföhrt,
zu kauf. gef. Zugpreis aus-
geschl. — Tafelbst abzugeben:

Selbsttätiglerer
Edmann-Berlin, hohe Taffon
schwarz lackiert.

**Klavierspiel-
Vorrich-Apparat**
Philipp-Frankfurt a. M., mit
Notenrollen. Off. unt. 788
an die Geschäftsst. d. Bl.

Uniere Leser
und Freunde
bitten wir, bei Einkäufen
sich auf das
Posener Tageblatt
zu berufen.

Ortsfeste und fahrbare Heißdampf- und Sattedampf- Lokomobilen



R. WOLF T. Magdeburg-
A., Buckau.

Büro w Poznaniu Inżynier Marjan Rowecki,
Poznań, plac Wolności 11. Telephone 4095.

Kirschbäume

hochst. für Alleepl., sowie Küstern u. Alazien abzugeben.
Hornachuh, Gostyn (Wlkp.).

Fichten-Gämlinge

60 000 Stüd, 2 und 3 jährig, sowie 10 kg Fichtensamen
hat abzugeben
Forstverwaltung Drzezkowo, pow. Leszno, p. Osieczna.

Dziakyni, poczta Dziakyni, pow. Gniezno

sucht jede Summe ungebrauchte
Hauptersche Autokrotalmarken
ohne Nummer zur sofortigen Lieferung
und bittet um Offerte.

Für Landwirte
i. Anschaffung empfohlen.

Unterz. best. b. d. Buchhandl.
der Drukarnia Concordia,
Poznań, ul. Zwierzyńska 6:
... Sid. Eliaß. Böhm, Die
deutsch. Landfrau gb. 6 Bm.
... Sid. Hedwig Dorn, Zur
Stütze. Hausfr. gb. 8 Bm.
... Sid. Schöpf, Handb. d.
Landwirtsch. gb. 8 Bm.
... Sid. Born-Möller,
Pferdefunde, gb. 13 Bm.
... Sid. Stenert, Buch vom
gesund. u. hanf. Haustier,
gb. 6,50 Bm.
... Sid. Döbel, Jägerpractica
geb. 10 Bm.

Zahlb. in zt. nach Schlüßelzahl
Nach auswärts mit Portozuschl.
Ort, Datum Name
(recht deutlich)

**Rasiermesser,
Zaschenmesser,
Küchenmesser,
Tischbesteck,
Scheren,
Haarschneidemaschinen
Bartmaschinen
bis 1/10 mm schneidend
Rasierapparate
Rasierlingen**
in großer Auswahl sowie sämtl.
Rasierentzfallen und Stahl-
waren nur in Ia Qualitäten
empfehle zu billigen Preisen

Ed. Karge,
Stahlwaren-Lager,
Schleifanstalt m. elektr. Betr.
Poznań, ul. Nowa 7/8.
(Neuestr. 7/8 gegenüber
der Distanto-Gesellschaft).

Chemalige jetzt in Polen
wonnende Auslandsdeutsche er-
halten kostenlos Auskunft, wie
sie Entschädigung für ihre im
Ausl. währ. u. nach d. Kriege
erlittenen Schäden erzielen.
Anfragen unter A. 741 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Extrafinein Beluga Caviar

Räucherlachs,
Delikatessheringe
in diversen Tunken,
Skumbria, Anchovis,
Oelsardinen,
Roquefort, Chester,
Parmesan,
Schweizerkäse,
süsse und bittere
Mandeln,
Sultanrosinen,
Oliveu-Oel,
Gemüse- und Früchte-
konserven,
Apf Isinen, Zitronen,
Balsens

Käse- u. Eiswaffeln
Salzbrezeln,
Suchard-Schokolade,
Raffee, Tee, Kakao,
Liköre, Cognacs

empfehle
Josef Glowinski,
Poznań,
ulica Gwarna 13.

Aug. Hoffmann, Baumschulen

Telephon 212. Gniezno Telephon 212.
Liefert aus großen Beständen für die

Frühjahrspflanzung

in bekannter Güte
sämtliche Baumschulen-Artikel
wie Obst- und Alleebäume, Frucht- und Zier-
sträucher, Coniferen, Rosen, Hecken- und
Staudenpflanzen usw.
Preis- u. Sortenverzeichnis wird a. Verlangen frei zugestellt.

Gelegenheitseinkaufs

Infolge eines
kann ich noch prompt zur Frühjahrsbestellung besonders
billig und mit Gewährung eines langfristigen Zahlungs-
zieles liefern:

Drillmaschinen

Original Dehne-Halberstadt „Simplex“ 4 M

3 Meter breit 21 Reihen,
3 Meter breit 23 Reihen.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 23.
Telephon 2480. Telephon 2480.

Juristische Bibliothek

(antiquarisch), gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Ber-
zeichnis auf Wunsch zur Verfügung. Zu erfragen in
W. John's Buchhandlung, Bydgoszcz, Gdanska 160.

10600 Stück einfache Bierflaschen

zum Korken, weiß und grün, 0,41 Inhalt, gegen Höchst ebst
abzugeben **Albert Trippensee, Rawicz W/P.**

Stille Woche.

Palmsonntag... ein Tag von besonderer Art. In früheren Zeiten auch bei uns der Tag der Konfirmation unserer Kinder, hat er heute diese Bedeutung für uns nicht mehr. Aber das war nicht seine eigentliche Bedeutung, sondern die war es, daß wir damit in die stille Woche eintreten. Gott segne unseren Eingang.

Stille Woche... ist sie wirklich still? Geht nicht das Leben seinen geräuschvollen Gang weiter? Aber es gibt eine innere Stille, um die handelt es sich für uns, ein Stillewerden vor Gott. Muß uns nicht ein heiliges Schweigen ergreifen, wenn wir nach Golgatha blicken? Was hätten wir da zu sagen? Müßten wir da nicht in die Stille ernstlichen Selbstgerichts gehen? Nun, Herr, was du erduldest, ist alles meine Last! Müßten wir da nicht in die Stille des Gebetskammerleins uns flüchten? O Lamm Gottes unschuldig... erbarm dich unser, o Jesu! Müßten wir da nicht sein, wie Menschen, die am Sterbelager des Geliebtesten, Teuersten stehen? Vor der Majestät des Todes muß alles Menschenwort verstummen.

Stille Woche... wenn wir in sie hineingehen als Christen, treten wir in ein Heiligtum, über dem geschrieben steht: Der Herr ist in seinem heiligen Tempel, es sei stille vor ihm alle Welt! Dann kann auch der Herr zu uns treten. Rudolf Kögler, ein Sohn unseres Landes, hat es uns gesungen:

„Ebene soll sich jede Welle, denn mein König will sich nahen!
Nur an einer stillen Stelle legt Gott seinen Anker an.
Was geweinen, werde stille, stille, was bereinst wird sein.
All mein Wünschen, all mein Wille geht in Gottes Willen ein.“
D. Blau-Posen.

Was hat der Völkerbundsrat zu tun?

Die ausschlaggebende Rolle, die die Zusammensetzung des Völkerbundsrates bei den jetztigen Verhandlungen in Genf gespielt hat, läßt es angemessen erscheinen, Wesen, Aufgaben und Zuständigkeit dieses obersten Organes des Völkerbundes zu erläutern.

Daß der Völkerbundsrat das oberste Organ des Bundes ist, zeigt sich schon rein äußerlich in seiner Zusammensetzung. Denn während in der Völkerbundsversammlung alle Mitglieder Sitz und Stimme haben, bildet der Rat einen Ausschuss, in dem — nach dem Anstalt Amerikas — nur die vier Hauptmächte einen ständigen Sitz haben, während von den anderen zum Bund gehörigen Staaten (insgesamt zurzeit 55) nur einige wenige durch nicht ständige Sitze in ihm vertreten sind, und zwar immer nur auf je zwei Jahre. Der Zuschnitt auf die Interessen der Hauptmächte (puissances principales) ist somit unverkennbar. Aus diesem Grunde ist es auch für Deutschland so außerordentlich wichtig, bei seinem Eintritt in den Völkerbund einen ständigen Sitz zu erhalten, um seine Interessen als europäische Großmacht wirksam vertreten zu können. Nur die „Hauptmächte“, die anerkannten Großmächte, sind, wie gesagt, ständige im Rat vertreten. Der Rat ist nämlich nicht eine dekorative Spitze des ganzen Völkerbundesgebäudes, sondern er hat im Gegenteil eine hervorragende praktische und geradezu überragende Bedeutung. Durch die Bezeichnung als „puissances principales“ ist der frühere Grundgedanke des Völkerrechts von der Gleichheit der Nationen, der gewöhnlich als Organisation, dem „europäischen Kongress“, zugunsten der fünf Hauptmächte — Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan — durchbrochen worden. Allerdings ist das Stimrecht der von der Versammlung in den Rat gewählten Mitglieder dem der Hauptmächte gleichwertig; Vorzugsstimmen im Rat gibt es also nicht. Die Entscheidungen des Rates erfordern Stimmentzettelung der auf der Tagung vertretenen Mitglieder, sofern nicht für einzelne Fälle etwas Abweichendes (zum Beispiel Verfahrensfragen) bestimmt ist.

Der Rat besteht zurzeit aus zehn Mitgliedern. Hier von sind vier ständige Mitglieder (die Hauptmächte) — Amerika ist be-

kanntlich nicht Mitglied des Völkerbundes — und sechs gewählte Mitglieder. Von diesen — ursprünglich waren es nur vier — scheidet jährlich ein Drittel aus; die gleiche Zahl wird dafür von der Bundesversammlung wieder neu hinzugewählt. Gewählte Mitglieder sind zurzeit: Belgien, Brasilien, Spanien, die Tschechoslowakei, Schweden und Uruguay. Präsident Wilson dagegen hatte gerade in der Fünfhundertjährigen Jubiläumstag der Organisation erblickt, so daß die vorgesehenen fünf ständigen Mitglieder niemals hätten überstimmt werden können. Der Tagungsort für den Rat braucht nicht immer Genf zu sein, und in der Tat hat er verschiedentlich an anderen Orten gelagert. Die Ratssitzungen werden nach Bedarf einberufen.

Was nun das Tätigkeitsfeld des Rates anbetrifft, so wird sowohl der Bundesversammlung (Art. 8 Abs. 3) als auch dem Rat (Art. 4 Abs. 4) mit dem gleichen Wortlaut „jede Frage, die in den Tätigkeitsbereich des Bundes fällt oder die den Völkerfrieden berührt“, zugewiesen. Wenn auch ursprünglich die Bundesversammlung als oberstes Organ gedacht war, so hat doch praktisch der Rat vermöge seiner größeren Beweglichkeit tatsächlich das Übergewicht. Im einzelnen hat er folgende Aufgaben zu erfüllen: Der Rat hat weitere Bundesmitglieder zu bestimmen, die ständige im Rat vertreten sein sollen. Dies war eine besonders wichtige Bestimmung für die am 8. März beabsichtigte gewählte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, da die Zuteilung eines ständigen Mitglieds an Deutschland somit der Zuständigkeit der Bundesversammlung entzogen war; es hätte vielmehr die Zustimmung der Bundesversammlung durch Mehrheitsbeschluß genügt. Der Rat ernannt weiterhin den Generalsekretär (gleichfalls mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung). Der Rat kann fernerhin jederzeit den Sitz des Völkerbundes nach einem anderen Orte als Genf verlegen; er kann mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung die Anzahl der Bundesmitglieder, die durch die Bundesversammlung als Mitglieder in den Rat gewählt werden, erhöhen. Nach Art. 8 Abs. 2 entwirft der Rat allein die Abrüstungspläne; er entscheidet über die Befragung des Verwaltungsrates für das Internationale Arbeitsamt zugunsten der Mitgliedsstaaten mit der größten industriellen Bedeutung. In anderen Fällen ist nicht der Rat für eine Aufgabe besonders herausgehoben, wohl aber sind es die Bundesmitglieder, die Mitglieder des Rates sind. Ähnliches gilt für die Ratifikation der Änderungen des Teils XIII des Vertrages von Versailles (Art. 423). Eine weitere Aufgabe des Rates ist Übernahme der Garantie der Unabhängigkeit und des Selbststandes der Mitglieder des Bundes; denn jeder Krieg wird als eine Angelegenheit des gesamten Bundes betrachtet. Der Völkerbund hat die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu treffen, und der Rat muß in jedem Falle einberufen werden, um „die zur Durchführung erforderlichen Maßnahmen“ zu ergreifen. Ferner ist dem Rat die Überwachung der Abrüstung Deutschlands übertragen (Art. 208, 213). Der Rat ist ferner — neben der Schiedsgerichtsbarkeit oder einem gerichtlichen Verfahren — eine der Stellen, die die Differenzen unter den Bundesmitgliedern ohne Krieg zu schlichten hat. Auch Nichtmitglieder werden durch die Bestimmungen des Artikels 17 zum Gebrauch der Schlichtungseinrichtungen des Bundes genötigt. Erst nach dem Ablauf von drei Monaten nach dem Verzicht des Rates darf zum Krieg geschritten werden.

Schließlich sind die Fragen des Schutzes der nationalen Minderheiten unter der Garantie des Völkerbundes gestellt. Jedes Mitglied des Völkerbundsrates ist danach berechtigt, die Aufmerksamkeit des Rates auf eine Verletzung der Minderheitenabkommen zu lenken, und der Rat kann die ihm nach den Umständen geeignet und wirksam erscheinenden Weisungen geben. In Oberschlesien hat die deutsche Minderheit sogar das Recht, sich mit Anträgen unmittelbar an den Rat des Völkerbundes zu wenden. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die im Rat vertretenen „Hauptmächte“ es verstanden haben, sich besondere Vorrechte im Vertrag von Versailles anzusprechen; so den Verzicht Niemels, Danzigs, der Kolonien, der Unterjochung zugunsten der alliierten Hauptmächte, Erneuerung von Überwachungsmaßnahmen usw.

Dieser kurze Abriss dürfte genügen, um zu zeigen, wie umfassend das Tätigkeitsgebiet des Völkerbundsrates ist.

Deutsches Reich.

Automobilunglück.

Aus Hannover wird berichtet: In der Nähe der Stadt ereignete sich auf der Landstraße zwischen Barmen und Schönbach ein folgenschweres Automobilunglück. Ein offener Perlenmotorwagen, der aus

der Richtung Schulenburg kam, fuhr an einem Ackerwagen vorbei, als im selben Moment eine Radfahrerin den Ackerwagen überholte. Der Chauffeur versuchte noch, die Radfahrerin vorbeizulassen, doch gelang es ihm nicht mehr. Die Frau wurde von den Bordrädern erfasst und gegen einen Baum geschleudert. Der Kraftwagen selber fuhr ebenfalls gegen den Baum und wurde schwer beschädigt, so daß er abgeschleppt werden mußte. Die Radfahrerin war auf der Stelle tot. Auch der Chauffeur hat Verletzungen davongetragen, die aber nicht schwerer Natur sind. Nach den bisherigen Feststellungen trifft den Wagenführer keine Schuld.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 26. März.

Bezugspreisherabsetzung des „Posener Tageblatts“ für das Ausland.

Um unseren im Auslande befindlichen Zeitungsbeziehern, die in immer stärkerem Maße den Bezug unserer Zeitung wünschen, entgegenzukommen, haben wir den monatlichen Bezugspreis für das Ausland von 6 Goldmark auf 4 Goldmark herabgesetzt. Verlag und Schriftleitung des „Pos. Tagebl.“

Die Pflege der Zimmerpflanzen.

Man hört so oft: „Ich liebe Blumen, aber ich habe kein Glück damit; meine Wohnung eignet sich nicht zur Erhaltung und zum Gedeihen derselben.“ Sei es nun, daß dem Gas die Schuld gegeben wird, zu viel oder zu wenig Sonne, gleichviel, diese Gründe sind nicht stichhaltig. Zimmer, in denen keine Blumen leben können, sind auch für Menschen, die auf ihre Gesundheit halten, nicht bewohnbar. Sonnenräume sind für alle Lebensweisen die gesündesten. Für sonnenarme Zimmer hat uns die Natur mit Pflanzen bedacht, die im Schatten gedeihen. Durch die Freude, die wir an unsern Pflänzchen haben, wird die geringe Mühe tausendfach belohnt. Beim Ankauf achte man auf gesunde, kräftige Ware, die man in Blumengeschäften und Gärtnereien zu erschwinglichen Preisen bekommen kann. Mit der Heranzucht der Zimmerpflanzen können sich Laien schwerlich befassen, mit Ausnahme jener, die einfach durch Stecklinge (Nöglern) vermehren lassen. — Daß die Blumen den hellsten, luftigsten Ort im Zimmer einnehmen müssen, ist selbstverständlich. Krautartige Pflanzen, Geranien, Fuchsen usw., sollten jedes Jahr verpflanzt werden. Es ist



Sie müssen sich klar sein

wie wichtig das für Sie ist, was Sie jahraus jahrein trinken! Lassen Sie sich beraten von den Tausenden von Ärzten, welche als gesündestes Hausgetränk nur Rathreiners Aneipp-Malzaffee empfohlen haben!

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62, Keithstr. 5.

Das Auge des Ra.

Roman von Edmund Sabott.

(55. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten.)

Schon vom frühen Morgen an brachten Extrazüge Tausende und Abertausende hinaus nach dem Grunewald. Man hatte auf sehr starken Verkehr gerechnet, aber der Ansturm des Publikums übertraf alle Voraussicht. Es handelte sich für die weitaus meisten nicht um eine Entscheidung von sportlichem Wert, sondern man fühlte sich persönlich gepackt, war gespannt, wie die deutsche Technik gegen so starke ausländische Gegner abschneiden würde.

Alle Teilnahme der deutschen Besucher des Rennens vereinigte sich natürlich auf die beiden deutschen Apparate in der Spitzengruppe, es handelte sich dabei um eine süddeutsche Firma und um die Leichtmetallmaschine der Firma Bernid u. Oppen. Und vielleicht gerade wegen der bisherigen Unbekanntheit Bernids und Oppens verschwendete das Publikum seine ganze Vorliebe auf diese beiden Ingenieure, die sozusagen über Nacht berühmt geworden waren.

Man hatte ihren Apparat bei den Vorprüfungen gesehen, man hatte die Schleifen und Loopings bewundert, die Oppen und Bernid geflogen waren, man kannte ihre Gesichter, und als die beiden in einem großen, offenen Wagen eine halbe Stunde vor acht Uhr eintrafen, jubelte ihnen alles zu. Der Wagen konnte sich kaum seinen Weg bahnen, und der Chauffeur machte ein ungehaltenes, ungnädiges Gesicht, folgte sich dann aber mit bitterer Miene in das Unvermeidliche. Bernid saß mit dem Ingenieur Thalmann im Rückfuß des Wagens, Oppen mit seiner Gattin hatten die beiden anderen Plätze inne. Bernid und Oppen winkten mit der Hand, und namentlich Bernid lachte über das ganze Gesicht, als habe er den Sieg schon in der Tasche, während Oppen der begeisterte Empfang peinlich zu sein schien. Ganz stumm und bewegungslos saß neben ihm seine Gattin, schaute mit weiten, ein wenig erschrockenen Kinderäugen über die aufgeregte, brüllende, Hüte schwenkende Menge hin. Oppen flüsterte ihr irgend etwas zu, und sie nickte.

Nun kamen dicht hintereinander die anderen Teilnehmer am Wettbewerb, mehr oder minder begeistert be-

grüßt. Dann wurde es stiller auf den weiten Rasenflächen, alles drängte zu seinen Plätzen und zu den Tribünen.

Bernid schnallte den Riemen seiner Lederkappe fest und unterhielt sich währenddessen mit dem Ingenieur Thalmann. Oppen war längst mit dem Umkleiden fertig und ging an Ellinors Seite hinaus auf den Platz. Beide schwiegen, dann fragte Oppen mit einem kleinen Lächeln: „Noch immer verzagt, kleine Ellinor?“

Sie schüttelte stumm den Kopf und sah ihn mit einem verzweiferten Lächeln an: „Ich glaube nicht, Konni.“

Wer in Wahrheit hatte eine furchtbare Ermattung von ihr Besitz ergriffen. Sie war zu müde, um unruhig und voller Angst zu sein. Als Mac Garron auf sie zutrat, wollte sie Oppen noch schnell ein paar Worte zuflüstern, aber er ging Mac Garron bereits entgegen und schüttelte ihm die Hand. Sie wurde dem Amerikaner vorgestellt, und er lud sie ein, auf seiner Tribüne dem Abflug zuzusehen. Ellinor nahm mit Dank an, aber ihr Herz pochte ihr bis an den Hals.

Bernid kam, und nun wandte sich Oppen ihm wieder zu, sah seiner Frau noch einmal forschend und mit einem freundlichen Lächeln in die Augen.

„Sei ruhig! Alles wird gut gehen, kleine Ellinor! Sei ruhig!“ flüsterte er ihr noch zu.

„Konni!“ rief Bernid.

Da reichte Ellinor Oppen die Hand, und er neigte sich darauf nieder zum Kuß.

„Gott schütze Dich!“ flüsterte Ellinor todblass. „Gott schütze Dich, Konni!“ Sie hielt seine Hand fest mit beiden Händen umklammert.

Er machte sich ein wenig verwirrt frei, dann gingen die beiden fort, zu den Hallen hinüber, und sie starrte ihnen nach, bis Mac Garron ihr den Arm bot und sie hinaufführte zur Tribüne.

Paarweise flogen die Maschinen ab. Zwei Franzosen starteten als erste. Propeller knatterten, dann fiel ein Schuß von der Tribüne Mac Garrons, und die französischen Flieger stiegen hinauf, dem staubblauen Himmel entgegen, und flogen dem Westen zu. Zwei weitere Apparate rollten heran, unter ihnen der Leichtmetallapparat.

Und während die Kapelle jauchzend einen Militärmarisch spielte, flogen die beiden Apparate ab und waren in wenigen Minuten den Augen aller verschwunden.

In immer rascherer Reihenfolge flogen die Apparate auf und verschwanden gen Westen, immer neuer Jubel brauste aus den unüberschaubaren Reihen der Zehntausende, und als der letzte Apparat abgeflogen war, drängten sich allzu Eifrige bereits zu den Lautsprechern, um die ersten Meldungen abzuwarten, die aus Braunschweig und Hannover erwartet wurden.

Das Programm des Tages nahm seinen Fortgang. Die englische Fußballmannschaft stellte sich den Hamburgern gegenüber.

Nach etwa einer Stunde trafen die ersten Meldungen aus Hannover ein. Zwei französische Apparate führten, in kurzem Abstande folgte jener deutsche Apparat, der in der Vorprüfung die Spitzengruppe erreicht hatte. An sechster Stelle lagen Bernid und Oppen. Man war enttäuscht, als auch nach einiger Zeit aus Münster die Nachricht kam, daß die Reihenfolge sich nicht wesentlich verändert hatte. Bernid und Oppen lagen an siebenter Stelle, und dichtauf folgte ihnen ein Franzose. Ein italienischer Apparat war schon kurz vor Münster ausgeschossen.

Noch immer an siebenter Stelle, überflog Oppen Amsterdam. Fast ein Drittel der Strecke war zurückgelegt, und man war erbittert, daß die beiden deutschen Flieger, die in allen so große Hoffnungen erweckt hatten, so sehr enttäuschten. Einige atmeten auf, als von der englischen Küste die Meldung kam, daß Oppen an sechster Stelle flog. Aber trotzdem bezweifelte man, daß Oppen noch zum Siege fliegen werde, vielmehr wandte sich die Aufmerksamkeit aller auf jenen deutschen Apparat, der den beiden führenden Franzosen dicht folgte und sie, nach der Londoner Meldung, zu überholen bereit schien.

Da wurde um die Mittagszeit eine Unglücksbotschaft über die Menge hinweggetutet: der deutsche Flieger habe Motor Schaden gehabt und sei in der Gegend von Chatham niedergegangen. Nun war der Sieg der beiden Franzosen fast sicher, zumal sie die amerikanische Durchschnittsgeschwindigkeit bereits um sieben Kilometer hinter sich gelassen hatten.

Die Hamburger Fußballmannschaft hatte sich der englischen beugen müssen. Es war zwar ein bedenklicher und sehr knapper Sieg gewesen, aber die meisten nahmen den Sieg der Ausländer als ein böses Vorzeichen.

(Fortsetzung folgt.)

* Briefen, 25. März. In der Nacht zum Montag hat Selbstmord durch Erhängen eine gewisse Frau Maria Kopp, wohnhaft an der Graubodenstr., verübt.

* Bromberg, 25. März. Ein Autounfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern um 1/8 Uhr ereignet. Auf der Bahnhofstr. befand sich eine Abteilung Flugschüler auf dem Wege von der 62. Kaserne zum Flugplatz. Ein Führer Normas trat aus dem Gliede, um einen Brief in den Briefkasten zu werfen. In diesem Augenblick überfuhr die Autodroste Nr. 45 den Führer, der eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Er wurde mit dem gleichen Auto ins Militärkrankenhaus geschafft, wo er verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

* Gnesen, 24. März. Am 17. d. Mts. geriet auf dem hiesigen Bahnhof ein gewisser Stanislaw Odamski unter die Räder eines Zuges, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. Der Bedauernswerte wurde im Krankenhaus des Roten Kreuzes untergebracht. — Nach der neuesten Statistik zählt Gnesen gegenwärtig 37134 Einwohner, hiervon 26338 Katholiken, 641 Evangelische, 22 Rechtgläubige und 133 Juden.

* Lissa i. P., 23. März. Verhaftet wurde heute nacht auf dem hiesigen Bahnhof der Handkoffer Johann Gsch aus Wolfstisch durch die Staatspolizei. Der Verhaftete gab zu den Brand am bürgerlichen Eigentum, über den wir in der Mittwochsausgabe berichteten, arglos an zu haben.

* Stargard, 22. März. Durch einen Reboverstoß in den Rauchschmied wurde auf der Chaussee von Hochstet nach Radziejewo am Donnerstag der 19-jährige Arbeiter Franz Kozla aus R. durch den Schornsteinfeger Kallowski aus R. Kozla besand sich mit einer Gruppe von Arbeitsskollegen auf dem Heimwege, wo ihm Kallowski begegnete. Hier sollen letzterer aus der Gruppe heraus Beleidigungen ausgesprochen worden sein, worauf er einen Reboverstoß und zwei Schüsse auf die Leute abgab. Durch einen wurde Kozla so unglücklich in den Bauch getroffen, daß er in das Krankenhaus nach Stargard geschafft werden mußte, wo er bedenklich darniederliegt.

* Wolfstein, 25. März. Ueber ein Konkursum weis der „Dien. Byg.“ zu berichten: Eine Kasse, die in Wolfstein am 8. d. Mts. nach Benitzsch (etwa 20 Kilometer Bahnstrecke) abgeschickt worden war, traf auf dem kleinen Umweg über die Schweiz in Benitzsch am 13. März ein!

* Jänin, 23. März. Es gelang jetzt, wie der „Deutschr. Rundsch.“ berichtet wird, die Brandstifter festzunehmen, die in der Nacht zum 15. Dezember v. Js. das Postamt des R. Kallowski niederbrannten. Die Täter sind ein Nachbar des R. und R. selbst. Letzterer, der gelernter Schuster ist, hatte vor einiger Zeit seine Wohnung mit 900 000 z. versichert und wollte sich an der Versicherungssumme „gesund machen“. Die Verhaftung der beiden Brandstifter ist erfolgt.

Aus dem Gerichtssaal.

* Strassburg, 25. März. Wegen Kirchendiebstahls hatten sich vor der hiesigen Strafkammer Franz Moske, Johann Brozowski und Mieczyslaw Gracowski, sämtlich aus Krakau, zu verantworten. Ihnen wurde zur Last gelegt, in die katholische Kirche in Zimowo einzubrechen und daraus zwei Reliquien, einen Delbälter und eine Glasche Wein gestohlen zu haben. Das Urteil lautet: Moske drei Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Brozowski 2 1/2 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Gracowski wurde freigesprochen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Kassierin werden an unsern Briefen gegen Einsendung der Belegquittungen unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarkte zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung von werktäglich von 12—1 1/2 Uhr.

W. S. in R. Auf Ihre Anfrage vom 23. d. Mts. geben wir Ihnen folgende Antwort: Wenn Sie sich darüber beschwerten, daß Ihre zweite Anfrage nicht beantwortet worden sei, so ist diese Beschwerde durchaus grundlos. Sie hatten vielmehr, wenn Sie, wie es Ihre Ansicht gewesen wäre, den Briefkasten genau verfolgt hätten, in der Nr. 63 vom 18. März folgende Antwort gefunden: „W. S. in R. Bei der Menge der uns täglich zugehenden Briefkastenfragen ist es uns unmöglich jede einzelne im Kopie haben. Sie müssen uns demnach schon Ihre Anfrage wiederholen, wenn wir Ihnen antworten sollen, ob sie uns überhaupt zugegangen oder von uns schon beantwortet sind.“ Also wiederholen Sie zunächst erst einmal Ihre Anfrage.

G. S. St. Anfragen, denen kein Briefumschlag mit Freimarkte beiliegt, werden von uns nicht beantwortet.

Sch. in G. 1. und 2. Wegen der Beantwortung dieser Fragen müssen Sie sich an einen Notar wenden. 3. Die Erbschaftsteuer für die 19 000 z. beträgt in diesem Falle 18% und für die 10 000 z. 16%. Jegendwelche andere Unkosten entstehen nicht.

Radiofalter.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 27. März.

Berlin, 505 Meter. Abends 8 Uhr: Sendespiele „Der böse Geist Lumpenwagabundus“ oder „Das liederliche Kleeblatt“, Zauberposse mit Gesang in drei Aufzügen von Nestor. 10.30—12 Uhr: Tanzmusik.

Breslau, 418 Meter. Abends 8.15 Uhr: An den Frühling. 10—11 Uhr: Tanzmusik der Funkkapelle.

Königsberg, 43 Meter. Abends 8.10 Uhr: Süddeutsche Dichtungen und Lieder zur Laute.

Wien, 397 Meter. Abends 7 Uhr: Matthäuspassion (Uebersetzung aus dem großen Konzertsaal).

Rundfunkprogramm für Sonntag, 28. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. 9 Uhr: Morgenfeier. 11.30—12.50 Uhr: Konzert des Streichorchesters der Berliner Kriminalpolizei. 1.10—2.10 Uhr: Die Stunde der Lebenden. Abends 8.30 Uhr: „Der Adernmann aus Böhmen“. Abends 10.30—12 Uhr: Tanzmusik.

Breslau, 418 Meter. 11 Uhr vorm.: Morgenfeier. Abends 8.10 Uhr: Unter Abend.

Hamburg, 392.5 Meter. Morgens 9.15 Uhr: Morgenfeier im Frühling. Abends 8 Uhr: Kabarett der Instrumentalisten.

Münster, 410 Meter. Abends 8.30 Uhr: Passionskonzert.

Wien, 397 Meter. Vorm. 10.30 Uhr: Croelkonzert.

Kirchen Nachrichten.

Kreuzkirche. (Bismontag): Siehe Bericht. Kindergottesdienst 1 1/2 Uhr im Konfirmationsaal der Kreuzkirche. — Grün-donnerstag: Vorm. 9 Uhr: Abendmahl. D. Greulich in der Kreuzkirche. — Karfreitag: Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl. D. Greulich in der Kreuzkirche.

Kreuzkirche. (Bismontag): Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl. D. Greulich.

St. Paulikirche. Sonntag (Bismontag) 10: Gottesdienst. P. Hammer. 11 1/2: Kindergottesdienst. D. Greulich. — Grün-donnerstag: 10: Konfirmation einiger Kinder. 11: Beichte und Abendmahl. D. Staemmler. — Karfreitag: 10: Gottesdienst. D. Staemmler. 11 1/2: Beichte und Abendmahl. D. Greulich. 5: Liturg. Gottesdienst. P. Hammer. Amtwoche. D. Greulich.

St. Petrikirche (evangelisch, Untere S. Gemeinde) und Kreuzkirche Sonntag, 10: Gottesdienst. Haensch. — 11 1/2: Kindergottesdienst. D. Greulich. — Gründonnerstag, 9: Beichte und hl. Abendmahl. D. Greulich. 6 1/2: Haensch. — Karfreitag, 10: Gottesdienst. Beichte u. hl. Abendmahl. D. Greulich. 6 1/2: Liturg. Gottesdienst. Vorbereitung und hl. Abendmahl. Haensch. — 1. Ostertag, 10: Gottesdienst, Vorbereitung und hl. Abendmahl. Haensch. — 2. Ostertag, 10: Gottesdienst. Beichte u. hl. Abendmahl. D. Greulich.

St. Lukasikirche. Gründonnerstag, abends 6: Abendmahl. P. Hammer. — Sonntag (1. Ostertag), 10: Gottesdienst. Beichte und hl. Abendmahl. P. Hammer. — Karfreitag, 10: Gottesdienst. Beichte und hl. Abendmahl. D. Greulich. — Sonntag (1. Ostertag), 10: Gottesdienst. Beichte und hl. Abendmahl. D. Greulich.

St. Marienkirche (Evangelisch, Obere S. Gemeinde) Sonntag, 10: Gottesdienst. P. Hammer. 11 1/2: Kindergottesdienst. D. Greulich. — Gründonnerstag, 9: Beichte und hl. Abendmahl. D. Greulich. 6 1/2: Haensch. — Karfreitag, 10: Gottesdienst. Beichte u. hl. Abendmahl. D. Greulich. 6 1/2: Liturg. Gottesdienst. Vorbereitung und hl. Abendmahl. Haensch. — 1. Ostertag, 10: Gottesdienst, Vorbereitung und hl. Abendmahl. Haensch. — 2. Ostertag, 10: Gottesdienst. Beichte u. hl. Abendmahl. D. Greulich.

St. Marienkirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. D. Staemmler. Danach Feier des hl. Abendmahls. Kindergottesdienst. — Karfreitag, 10: Gottesdienst. D. Blau. Danach Feier des hl. Abendmahls.

St. Marienkirche. Palmsonntag, 10: Gottesd. Brummel. 11 1/2: Kindergottesdienst. — Montag, 4: Jahreshauptversammlung der Frauenhilfe. — Dienstag, 6: Bibelstunde. 8: Kirchenchor. — Mittwoch, 7: Jungmädchenkreis. — Karfreitag, 9: Beichte u. Abendmahl. D. Greulich. 10: Gottesdienst. D. Greulich. 8: Liturg. Abendfeier des Kirchenchors. 9: Beichte u. Abendmahl. Brummel.

St. Marienkirche. Karfreitag, 10: Gottesdienst. 11 1/2: Beichte und Abendmahl.

St. Marienkirche. Sonntag, 7: Abendandacht. — Montag, 8: Psalmenchor. — Mittwoch, 7 1/2: Bibelbesprechung.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, abends 8: Wochen-Gottesdienst. Pastor, Sarow. — Sonntag, vorm. 10: Gottesdienst. D. Greulich.

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindefaal der Christuskirche ulica Matejki 42). Sonntag, 5 1/2: Jugendbündnisse für E. C. Die Evangelisationsstunde fällt aus. — Karfreitag keine Versammlung. Jedermann herzlich eingeladen.

Baptisten-Gemeinde, Preyserskiewa 12. Sonntag, 10: Predigt. 11 1/2: Kindergottesdienst. 3: poln. Gottesdienst. 4 1/2: Predigt. — Karfreitag, vorm. 10: Predigt. 11: nachm. 3: poln. Predigt. Bismontag.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. — Wolnica.

Gesandacht

Montag, abends 6 1/2 Uhr. Dienstag, morgens 7 Uhr. vorm. 10 Uhr mit Predigt. nachm. 4 1/2 Uhr. abends 7 Uhr 10 Min. Mittwoch, morgens 7 Uhr. vorm. 10 Uhr. nachm. 4 1/2 Uhr. abends 7 Uhr 10 Min. (Gesandacht). Werktäglich morgens 6 1/2 Uhr und abends 6 1/2 Uhr.

Synagoge B. (Israel. Brüdergemeinde) ul. Dominikańska. Dienstag, nachm. 4 Uhr. Mittwoch, nachm. 4 Uhr.

Wettervorausage für Sonnabend, 27. März.

— Berlin, 26. März. Etwas wärmer, zunehmende Bewölkung jedoch trocken.

Spielplan des „Teatr Wielki“.

Freitag, den 26. 3. „Mitouche“. — Sonntag, den 27. 3. „Geisha“ (Premiere). — Montag, den 28. 3. am 3 Uhr nachm. „Carmen“ (ermäßigte Preise). — Dienstag, den 29. 3. „Geisha“. — Mittwoch, den 30. 3. „Jenufa“. — Donnerstag, den 31. 3. „Der Evangelist“ (zum letzten Male).

Geschäftliche Mitteilungen.

„Perborol“. Unter diesem Namen finden wir seit einiger Zeit in unseren Drogen- und Spezialgeschäften ein Seifenpulver, das sich einer großen Raffkraft und Beliebtheit der Hausfrauen erfreut. Es ist dies ein Produkt der seit 116 Jahren in Thorn bestehenden Firma J. M. Bendisch & Co. S. A., die dank ihrer vorzüglichen Seifenfabrikate, wie „Kopernit“, „Barta“ usw. sehr gut bekannt ist. Das Seifenpulver „Perborol“ zeichnet sich ganz außerordentlich aus durch seinen feinsten Feinheitsgrad (über 80 Prozent) und spezifischen Stoffe, die zur Erlangung einer blendend weißen Wäsche mitwirken. Trotz seiner hohen Eigenschaften ist „Perborol“ sehr billig.

Handelsnachrichten.

Zur Stärkung des Devisenbestandes der Bank Polski hatte der Finanzminister Zdzichowski kürzlich bei verschiedenen Parlamentsreden und Pressekonferenzen neue Maßnahmen in Aussicht gestellt, von denen die schärfere Kontrolle der Devisenbanken (wie bereits erwähnt) schon dazu geführt hat, daß der Warschauer Außenhandelsbank die Rechte einer Devisenbank entzogen worden sind. Nach längeren Verhandlungen mit den großen Warschauer Banken haben diese unter sich und gegenüber der Bank Polski ein Abkommen getroffen, das am 2. d. Mts. unterzeichnet worden ist und inwischen die Genehmigung des Finanzministers gefunden hat. Dieses Abkommen soll, entsprechend den Wünschen Zdzichowskis, vor allem dazu dienen, der Baisse-spekulation entgegenzuwirken und die Unterbilanz der Devisen- und Valutenkonten der Bank Polski zu be-seitigen, die — wie aus unserer Kritik der letzten Dekadenbilanzen der polnischen Emissionsbank hervorgeht — wesentlich zur Verschlechterung der Banknotendeckung und damit auch des Zlotyurses beigetragen hat. Dieses Abkommen lautet: 1. Der Bedarf an Valuten, der bei der Bank Polski von den Devisenbanken angemeldet wird, wird ausschließlich auf die tatsächlichen Wirtschaftsbefürfnisse beschränkt werden. Zur Kontrolle werden die Banken eine Liste des eigenen Devisenbedarfs und des Bedarfs der Kundschaft sowie eine Liste der erworbenen Devisen und Valuten und ihrer Repartierung führen. 2. Die Banken verpflichten sich, ihre eigenen Devisenbestände im Sinne der Schaffung einer aktiven Devisenposition nicht zu vervollständigen sowie sich a) des Devisenhandels, der eine Kursdifferenz bezweckt, b) der Arbitragegeschäfte zum Weiterverkauf von Valuten für Zloty an andere Banken und c) des Ankaufs von Zloty für fremde Valuten im Ausland zu enthalten. 3. Die Banken verpflichten sich, die ge-nannte Anpassung des Valutenbedarfs an die fälligen Zahlungs-terminen der Banken und Wirtschaftskreise zu überwachen und die Ansammlung von Aufträgen, die spätere Zahlungstermine betreffen, nicht zuzulassen. 4. Die Banken nehmen von inländischen Firmen Einzahlungen auf Zlotykonten im Ausland in Beträgen von über 5000 Zloty täglich nur mit Genehmigung der Finanzbehörden an. 5. Die Banken teilen den Standpunkt des Finanz-ministeriums, betr. die Gefahr der Annahme von Valuten-einlagen auf Sicht, da deren Auszahlungen bei Kursschwankungen die Kassenbestände der Banken und den Valutenbestand der Bank Polski schädigen, wodurch eine weiteres Sinken des Zloty-kurses bewirkt wird. 6. Die Banken verpflichten sich, sich des Ankaufs bzw. Verkaufs von Valuten außerhalb der Börse, im Verkehr mit anderen Banken, zu enthalten, als den auf der Börse am Tage des Geschäftsabschlusses festgesetzten Kursen zu enthalten, wobei sie den Überschuss an Valuten auf der Börse oder direkt an die Bank Polski abführen werden. 7. Der vorliegende Vertrag tritt am 15. April d. J. in Kraft und wird automatisch von Monat zu Monat denjenigen Banken gegenüber verlängert, die fünf Tage vor dem Ablauf des Termins den Vertrag nicht kündigen, oder sofern er durch die in der Versammlung vom 2. d. Mts. gewählte Kommission nicht annulliert wird. 8. In zweifelhaften Fällen, die sich aus dem Vertrag ergeben, verpflichten sich die Banken, die Kommission um Aufklärung anzugehen. 9. Die Banken unterstellen sich der Kontrolle des Finanzministeriums.

Deutsch-polnisches Abkommen über polnische Wanderar-beiter. Wie der Preussische Minister des Innern in einem Runderlaß an die nachgeordneten Behörden ausführt, sind die bisherigen deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der polnischen Wanderarbeiter noch nicht zum Abschluß gelangt, jedoch haben sich die Deutsche und die Polnische Regierung für das Jahr 1926 über eine vorläufige Regelung geeinigt, aus der der Amtliche Preu-bische Pressedienst folgendes mitteilt: Die Polnische Re-gierung wird im Jahre 1926 den polnischen Wanderarbeitern, die sich zur Arbeit nach Deutschland begeben wollen, und glaubhaft machen, daß sie Arbeit in Deutschland bekommen werden, unentgeltliche Pässe ausstellen, die den Inhaber zur Ausreise nach Deutsch-land und zur Rückkehr nach Polen bis zum 31. 12. 1926 berechtigen. Sie wird wirksame Maßnahmen treffen, um diesen Arbeitern die Beschaffung der Pässe möglichst zu erleichtern. Sie wird ferner die polnischen Konsularämter in Deutschland anweisen, denjenigen polnischen Wanderarbeitern, die im Jahre 1926 ausnahmsweise ohne Pässe nach Deutschland kommen, in einem beschleunigten Verfahren Pässe zu ermäßigten Gebühren auszustellen.

Die Deutsche Regierung wird ihren Einfluss auf die Deutsche Arbeiterzentrale in dem Sinne ausüben, daß diejenigen polnischen Wanderarbeiter, die im Jahre 1926 in Deutschland Arbeit bekommen wollen, für Beschaffung der Pässe Sorge tragen. Die Deutsche Regierung wird diejenigen polnischen Wanderarbeiter, die im Jahre 1926 ausnahmsweise ohne Pässe nach Deutschland kommen, auf die Notwendigkeit der nachträglichen Beschaffung der Pässe bei dem zuständigen polnischen Konsulat rechtzeitig verweisen. Die Deutsche Regierung stellt fest, daß die oben erwähnten Wanderarbeiter von dem deutschen Sichtvermerkszwang nach Maßgabe der geltenden deutschen Paßvorschriften befreit sind. Mit Rücksicht auf diese Regelung werden die Bestimmungen der §§ 123 und 122 der Paßbekanntmachung vom 4. Juni 1924, so-wie sie eine Befreiung ausländischer Arbeiter vom Paßzwang und eine Anerkennung der Arbeiterlegitimationskarte als Paßersatz vorsehen, für polnische Arbeiter, die im Besitz polnischer Pässe sind, bis auf weiteres gegenstandslos.

Der Grund zur Verzögerung der deutsch-polnischen Verhand-lungen. In der letzten Sitzung der Budgetkommission des Sejm wurde der deutsch-polnische Handelsvertrag behandelt. Der Abgeordnete Kobowski von den christlichen Demokraten er-klärte, daß der polnisch-deutsche Handelsvertrag nur deswegen verzögert wird, weil das polnische Handelsministerium nicht genügend Kräfte habe, um das Material zu bearbeiten. Handelsminister Osiecki gab bekannt, daß die Vor-bereitungen für den polnisch-deutschen Handelsvertrag in etwa zwei Wochen beendet sein würden.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Sthra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Sthra; für den Anzeigenteil: S. Schwarzkopf, Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt“, Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in P o z n a n, ul. Zwirzyniecka 6.

Arbeitsmarkt

Gesucht möglichst zum 1. April

energisch., Beamten strebsam.

aus besserer Familie, der beider Landessprachen mächtig ist unter Leitung wirtschaftl. auch evtl. vertreten muß, für militäres. Unt. Zeugn. schriftl. und Lebenslauf erbeten. Angebote unter 781 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Vertreter

für Stadt und Provinz Posen wird von Danziger Spiritusfabrikant gegen hohe Provision per sofort gesucht. Es kommen nur Herren in Frage, die in der Branche bestens eingeführt sind. Angeb. m. Referenzen u. 787 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Provisions-Vertreter

für die Bezirke Ostrowo, Wongrowitz, Inowroclaw, Lissa, Krotoschin von altrenom-mierter Firma in Poznan der Holz- und technischen Branche (Treibriemen und Packungen)

gesucht.

Nur gewissenhafte, fleißige Herren mit nachweis-baren Erfolgen und gutem Ruf werden bevorzugt. Schriftliche Vorschläge und an er P. 777 an die Geschäfts-stelle dieses Blattes zu richten.

Chausseur-Diener

unbed. nüchtern u. zuverläss., gute Zergn., poln. Führerschein, Unberh. bevorzugt. auf gr. Gut in Pommernell. f. gesucht. Off. unt. 784 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Hausdame

aus best. Kreisen, mittl. Alters, in all. Zweig. ein. Landhause. erf., z. Unterst. d. Haush. auf gr. Gut in Pommernell. gef. Offerten unter 785 an die Geschäftsstelle d. Bl.

ältere, erahrene Stütze

auf mittleres Gut geüht. Lebenslauf, Zeugnisse u. Gehalts-anträge erbeten. Angebote unt. 782 an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche zum fof. Antritt Wirtin

für frauenlosen Haushalt. A. Fritz, Rahowice, Swarzew.

Stellenangebote

Zunger Forstbeamter

verh., 1 Kind, 8 Jahre Praxis, suchst Stellung von sofort oder später. Förster E. Karg, Pogorzela, pow. Kozmin.

Fräulein sucht Stellung

auf einem Gute für alle schriftl. Arbeiten. Beuerische d. poln. und deutsche Sprache, würde auch in freier Zeit im Haushalt gern behilflich sein. Gesl. Angeb. unt. 776 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Richtlinien unserer Finanzpolitik.

Von Heinz Kleiss, Bielitz.

Die diesjährige Generalversammlung der Aktionäre der Polnischen Bank, die am 10. März stattfand, war in mancher Hinsicht lehrreich. Herr Karpiński, der für die Tätigkeit der polnischen Emissionsbank fast ausschließlich die Verantwortung trägt und gegen den sich bereits vor Monaten die Opposition sehr scharf geltend gemacht hatte, trat mit einem langen Elaborat ausgerüstet vor die Aktionäre des polnischen Emissionsinstitutes, um über die bisherige Finanzpolitik der Polnischen Bank und die Richtlinien ihrer künftigen Politik zu sprechen. Der große Einfluß, den jede Emissionsbank auf das Wirtschaftsleben ihres Landes ausübt, wird der Polnischen Bank nicht geltend gemacht, da sie es beinahe ängstlich vermeidet, sich mit Fragen zu beschäftigen, die nicht reinen Bankcharakter haben. Wir haben oftmals mit Bedauern festgestellt, daß die Leitung der Polnischen Bank den Vorgängen in der polnischen Wirtschaft viel zu wenig Aufmerksamkeit zuwendet, in Befolgung des einseitigen Grundsatzes, daß die Emissionsbank lediglich dazu da sei, die Geldzirkulation zu überwachen und die Stabilität der Währung zu sichern. Diese Einseitigkeit kann sich nicht einmal ein Emissionsinstitut eines Staates gestatten, dessen Wirtschaftsverhältnisse gesund und normal sind. Umso schwerer war somit der Fehler, den die Leitung der Polnischen Bank beging, da sie sich systematisch gegen die Vorgänge in der Wirtschaft die Ohren verstopfte.

Das Schuldbekenntnis, das Herr Karpiński vor den Aktionären der Polnischen Bank ablegte, erinnert in seiner Form merkwürdig an das seinerzeitige Schuldbekenntnis Wladislaus Grabskis nach dem ersten Zusammenbruch des Zlotykurses. Ähnlich wie seinerzeit Herr Grabski, schlägt auch Herr Karpiński an seine Brust und ruft: Es war auch meine Schuld! Aber ebenso wie Herr Grabski sein Schuldbekenntnis nur bedingt abgab und es durch zahlreiche Einschränkungen und Hinweise wieder zu entkräften suchte, ebenso findet Herr Karpiński nicht den Mut zuzugeben, daß seine Politik von Grund auf falsch war und radikal geändert werden müßte, wenn die Situation der Bank gebessert werden soll.

Es klingt höchst merkwürdig, wenn Herr Karpiński einerseits zugibt, daß er die Gefahr, die in der passiven Handelsbilanz und dem nur auf dem Papier ausgeglichenen Etat lag, nicht genügend einschätzte und die Interessen der Bank dem Finanzminister gegenüber nicht genügend nachdrücklich wahrte, andererseits aber mit großer Entschiedenheit den Vorwurf zurückweist, daß die Valutareform überreilt und nicht wohlüberdacht eingeleitet wurde? Wird es außer Karpiński heute in der ganzen Welt noch einen ernsthaften Volkswirtschaftler geben, der behauptet, daß die polnische Valutareform wohlüberdacht und nicht überreilt war? Hatte Herr Karpiński nicht das österreichische Beispiel vor Augen und hatte er sich nicht sagen können, daß Polen allen Grund habe, seine Valutareform noch vorsichtiger durchzuführen und sie auf einen noch längeren Zeitraum zu verteuern, als Österreich, das an dem Völkerbund einen starken Rückhalt hatte?

Ein Blick auf die Statistiken müßte Herrn Karpiński darüber belehren, welche fatalen Folgen die überreilte und nicht wohl durchdachte Valutareform für die Entwicklung des polnischen Preisspiegels hatte. Höchst verwunderlich klingt ferner aus dem Munde des Präsidenten des Emissionsinstituts die Behauptung, daß man „unnötigerweise darauf ausgegangen sei, den Preisspiegel zu drücken“ und daß der Kardinalfehler, den man beging, darin bestand, „daß man sich nicht auf die Stabilisierung der neuen Valuta allein beschränkte, sondern sich noch eine zweite mühevoll Aufgabe auflud — die Aufgabe der Preissenkung“. Herr Karpiński hat damit über sich selbst ein Urteil gefällt, wie es vernichtender und drastischer von seinen schärfsten Gegnern über ihn nicht hätte gefällt werden können. Die Behauptung Karpińskis kann man nämlich genau in das Gegenteil kehren. Der Kardinalfehler, der bei dem Übergang von einer gleitenden zu einer stabilen Valuta begangen wurde, bestand darin, daß man den Übergang ohne Rücksicht auf die Entwicklung des polnischen Preisspiegels vollzog. Man hatte nicht einmal dieses kleine Quantum wirtschaftlicher Erfahrung, um sich zu sagen, daß der ruckhafte Übergang von einer kopfüber gleitenden, zu einer stabilen Währung mit dem Preisschaos gleichbedeutend sein müßte. Zu spät sah Herr Grabski den begangenen Fehler ein, zu spät versuchte er den Preisspiegel, den man erst unbekümmert um 100% anschnellen ließ, mit einer liberalen Zollpolitik wieder herunterzudrücken. Diese zu spät gekommene Einsicht des ehemaligen Finanzministers nennt Herr Karpiński einen „Kardinalfehler“ und gibt sich damit eine Blöße, die allein genügen müßte, Herrn Karpiński zu disqualifizieren. Was bedeutet danach noch sein Schuldbekenntnis, daß er die Gefahr, die in der passiven Handelsbilanz und dem unausgeglichenen Budget lag, nicht rechtzeitig bemerkte?

Starke Zweifel und starkes Mißtrauen muß auch der letzte Teil der Rede erwecken. Alle schönen Worte, daß die Leitung der Bank „alles tun werde“, um dem Auslandskapital die Wege nach Polen zu ebnen, können kein Vertrauen erwecken, wenn man die unklaren und absichtlich stark verklausulierten Redewendungen über die Erhöhung des Aktienkapitals der Polnischen Bank liest. Herr Karpiński beruft sich auf einen Beschluß vom 5. November, der in einer Aufsichtsratsitzung der Polnischen Bank gefaßt und am 18. Dezember bestätigt wurde und der sich auf die Erhöhung des Aktienkapitals bezieht. Karpiński hat aber nicht den Mut offen zuzugeben, daß dieser Beschluß gegenstandslos geworden ist, weil man die Mehrheit des Aktienbesitzes, hauptsächlich mit Rücksicht auf die gegenwärtige Leitung der Polnischen Bank nicht herbeigehen will und sich keine Gruppe ausländischer Kapitalisten findet, die bereit wäre, sich von der polnischen Gruppe majorisieren zu lassen und ihr Kapital der Verwaltung Herrn Karpińskis anzuvertrauen.

Daß weiß natürlich Herr Karpiński sehr wohl und darauf ist auch die in seiner Rede eingeflochtene rhetorische Frage zurückzuführen: „Was dann, wenn kein Auslandskapital in das Land hereinkommt?“

Es ist ein schwacher Trost, wenn Herr Karpiński auf diese Frage die Antwort gibt, die Polnische Bank werde in diesem Falle bemüht sein, nach „Maßgabe ihrer Kräfte“ das polnische Wirtschaftsleben zu fördern. Die Polnische Bank ist aber am Ende ihrer Kräfte angelangt und kann somit nicht daran denken, das dringend benötigte Auslandskapital auch nur einigermaßen zu ersetzen. Ein Universalmittel hat allerdings Herr Karpiński noch in Reserve, das Mittel der Änderung der Statuten. In welcher Richtung die Statuten der Polnischen Bank geändert werden sollen, läßt sich uns schwer erraten, hat ja schon Herr Kemmerer, der begeisterte Bewunderer der polnischen Wirtschaft, den Rat gegeben, die Deckungsgrenze für Noten der Polnischen Bank, die gegenwärtig statutengemäß 30 Prozent beträgt, herabzusetzen. An diesen, auch von den Sozialisten so eifrig propagierten Ausweg hat also Herr Karpiński gedacht, als er von der eventuellen Änderung der Statuten der Polnischen Bank sprach.

Wir wollen auch diese Frage objektiv beleuchten. Die Theorie, daß bei einer aktiven Zahlungsbilanz nicht starr an einer bestimmten Deckungsgrenze festgehalten zu werden braucht, hat unzweifelhaft viel für sich, wenn sie auch von sehr bedeutenden Volkswirtschaftlern bekämpft wird. Immerhin kann angenommen werden, daß bei aktiver Zahlungsbilanz, die Höhe der Golddeckung für die Stabilität einer Währung nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist.

*) Vergl. „Die Sanierung Polens und ihre Voraussetzungen“ vom gleichen Verfasser, in der der Nachweis geführt wird, daß der scharfe Übergang von der Mark- zur Zloty-Währung den Anfang und den Hauptgrund unseres Wirtschaftselends bildet.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Polnische Bank Devisenreserven überhaupt nicht besitzt, daß ihr Devisenstatus passiv ist und daß es auch bei weiterem Andauern der aktiven Handelsbilanz nicht leicht gelingen wird, nennenswerte Devisenreserven anzukumulieren. Der Deckungsprozentsatz wird von der Polnischen Bank per 10. März mit 36.68% angegeben. In Wirklichkeit verfügt die Polnische Bank jedoch nur über einen unbelasteten Goldvorrat von 56.5 Millionen, während das Londoner Golddepot von 77.4 Millionen stark belastet ist und zur Deckung nicht hinzurechnet werden darf. Unter diesen Umständen die Deckungsgrenze, die auch so schon unter der 20 Prozentgrenze liegt, noch weiter herabzusetzen, hieße den Rest des Vertrauens zu dem Zloty untergraben. Vor einem derartigen Leichtsinns kann nicht eindringlich genug gewarnt werden.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die rhetorische Leistung Herrn Karpińskis nicht positiv zu werten. Das Vertrauen zu der Polnischen Bank kann solange nicht wiederkehren, solange ihre Leitung den engen Gesichtskreis nicht aufgibt und Maßnahmen trifft, die die Finanzpolitik den Bedürfnissen der Wirtschaft angleichen.

Die Bilanz der Bank von Lettland vom 17. März zeigt eine Endsumme von 195 625 935.01 Lat (gegenüber dem Ausweis der Bank vom 3. März 3 983 265.66 Lat mehr). Als Aktiva werden angeführt: Gold in Barren und Münzen 23 566 981.14 Lat (2753.28 mehr), Auslandswaluten 33 589 309.65 Lat (2 425 304.65 mehr), Silbergeld 2 075 615 Lat (264 652 weniger), Staatskassenscheine und Hartgeld 8 603 000.43 Lat (1 194 838.47 mehr), kurzfristige Wechsel 66 912 678.46 Lat (781 767.68 mehr), Darlehen gegen Sicherheit 51 290 834.48 Lat (198 726.90 weniger), sonstige Aktiva 9 587 515.85 Lat (41 980.48 mehr); als Passiva: Banknotenumlauf 28 608 500 Lat (638 920 weniger), Grundkapital 11 659 245.16 Lat, Reservekapital 1 521 714.50 Lat, spezielle Reserven 2 500 000 Lat (1 500 000 mehr), Einlagen 7 232 101.51 Lat (63 837.66 mehr), laufende Rechnung 49 793 037.38 Lat (4 319 299.30 mehr), Staatskonten und Depositen 76 029 075.94 Lat (689 539.73 weniger), sonstige Passiva 18 282 260.52 Lat (571 411.52 weniger). — Der Banknotenumlauf ist durch 2400 kg Gold, 1 500 000 Dollar und 498 300 Pfund Sterling gedeckt.

Märkte.

Getreide. Warschau, 25. März. Für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau). Kongr.-Weizen 775 gl 41, Kongr.-Roggen 675.5 gl 115 f hol (23), 669 gl 114 f hol (23). Tendenz ruhig.

Danzig, 25. März. Für 50 kg in Danziger Gulden. Weizen 13½—13.80, Roggen 8—8.20, Futtergerste 7.75—8, Braugerste 8.25—8.75, Hafer 8.25—9, Roggenkleie 5.25, Weizenkleie 6.50—6.75, 60proz. Roggenmehl 26.25. Rest der Notierungen unverändert.

Hamburg, 25. März. Für 100 kg cyf. in hfl. Weizen: Manitoba I loko 16.50, II loko 16, III für März 15.40, Rosafe 73 kg für März 13.30, Baruso 76½ kg, für März 13.70, Gerste: Donaurussische für März 8.55, La Plata 60 kg für März 8.45, Malting Barley loko 8.90, für März 8.50, Roggen: Western Rye I für März und April 10.40, Western Rye II für April/Mai 10.30. Rest der Notierungen unverändert.

Berlin, 26. März. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 262—266, pomm. —, März 279—278, Mai 275½—276½, Juni —, Roggen: märk. 155—160, pomm. —, März —, Mai 179½—178, Juli —, Gerste: Sommergerste 170—193, Futter- und Wintergerste 139—153, Hafer: märk. 167—179, westpr. 160—172, März —, Mai 180—181, Juli —, Mais: Mai —, Juli —, loko Berlin —, Weizenmehl: fr. Berlin 33¼—36½, Roggenmehl: fr. Berlin 23.00—25.00, Weizenkleie: fr. Berl. 10.50—10.60, Roggenkleie: fr. Berl. 10.00, Raps: —, Leinsaat: 340—350, Viktoriaerbsen: 25.00—31.00, Kleine Speiserbsen: 23.00—25.00, Futtererbsen: 19.00—21.00, Pflaushen: 20—22, Ackerbohnen: 21.00—22.00, Wicken: 24.00—27.00, Lupinen: blau 11½—12½, Lupinen: gelb 14.00—14.50, Seradella: neue 26.00—29.00, Rapskuchen: 14.00—14.30, Leinkuchen: 18.20—18.40, Trockenschnittel: 8.80—9.10, Sojaschrot: 18.70 bis 19.20, Torfmelasse: 30/70 —, Kartoffelflocken: 14.40—14.70. Tendenz für Weizen: fest, Roggen: matter, Gerste: still, Hafer: fest.

Chicago, 24. März. Weizen: für Mai alt 154, neu 154½, Juli 134½, September neu 130½, Roggen: für Mai 86, Juli 87, September 87½, Mais: gelber Nr. III loko 70, weißer Nr. III loko 68½, gemischter Nr. V loko 61½, für Mai 72½, Juli 75½, September 77½, Hafer: weißer Nr. II loko 39½, für Mai 39, Juli 39½, September 40½, Gerste: Malting loko 52—72. Frachten nach England in Schilling und Pence für 8 bushel. Für Weizen und Roggen 1.6, Hafer 1.3; nach dem Kontinent in Dollarcent für 100 engl. Pfund: Für Weizen und Roggen 9, für Hafer 12.

Metalle. Neu-Beuthen, 25. März. Rohguß Friedenshütte Nr. I wird mit 180 zł pro t loko Station Neu-Beuthen notiert.

Berlin, 25. März. Für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 134½, Raff.-Kupfer 99—99.3% 1.19—1.20, Originalhüttenrohnickel im fr. Verkehr 0.67—0.68, Remelted-Plattennickel gew. Handelsgrade 0.63—0.64, Orig. Hüttenaluminium 98—99% 2.35—2.40, dasselbe in Barren, gewalzt und gezogenen Drahtbarren 2.40—2.50, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.53—1.60.

Vieh und Fleisch. Warschau, 25. März. Für 1 kg Lebendgewicht loko Schlachthof wurde gezahlt für Ochsen 0.90 zł, II. 0.85, Kälber 1.10, Schweine I. Güte 1.93, II. 1.90, III. 1.80—1.85, IV. 1.70—1.75, V. 1.60—1.65, VI. 1.50 zł. Aufgetrieben wurden 1000 Schweine, 326 Kälber und 238 Rinder.

Hanf und Flachs. Preisbericht der deutschen Leinenbörse in der Zeit vom 15. bis zum 20. März. Strohfachs: Für Mengen unter 120 Zentner wurden gezahlt: Für Mittelqualität bis 3, für gute Qualität bis 3.75 Mark je Ztr. Für Mengen über 120 Ztr.: Für Mittelqualität bis 3.50, für gute bis 5, für beste bis 5.50 Mk. je Ztr. Faserflachs I. Qualität 1.50, II. 1.30, III. 1.10, IV. 0.80 je kg. Von den gemeldeten Parteien wurden 21 000 kg Schwingflachs ins Ausland verkauft. Veredeltes Werg 0.73—1.08 Mk. pro kg. Schwingwerg 0.30—0.70 Mk. pro kg. Bauernflachs wird ebenso wie Brechflachs entsprechend niedriger notiert.

Baumwolle. Bremen, 25. März. Amtliche Notierungen in amerik. Cents für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Amerik. Baumwolle loko 20.39, für Mai 18.29—18.15, Juli 18.25—18.18, September 18.15—18.00, Oktober 18.00—17.95, Dezember 17.82—17.74, Januar (1927) 17.80—17.75, Tendenz ruhig.

Posener Viehmarkt vom 26. März 1926.

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission. Es wurden aufgetrieben: 228 Rinder, 366 Schweine, 413 Kälber, 53 Schafe, zusammen 1050 Stück Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht (Preise loco Viehmarkt Poznań mit Handeltkosten): Kälber: beste, gemästete Kälber —, mittelmäßig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 110—116, weniger gemästete Kälber und gute Säuger 96—100, minderwertige Säuger 80—86.

Schweine: vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 180, vollfleischige von 100 bis 120 Kilogramm Lebendgewicht 154—158, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 148—152, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht 142, Sauen und späte Kastrate 130—150. Marktverlauf: ruhig.

Posener Börse.

	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
4 Pos. Pfdbr. alt	30.00	30.00	Goplana I.-III.	—	—
4 Poz. list. zast. neu	—	—	C. Hartwig I.-VII.	0.20	0.20
4 Pozn. listy zast. niem. stpl.	35.00	—	Hartw. Kant. I.-II.	1.50	—
6 listv zbozowe	5.60	5.70	Hurtown. Skór I.-IV.	—	1.00
8 państw. poz. zł	—	5.50	Herzf.-Vikt. I.-III.	2.00	—
8 dolar. tisty	3.75	3.80	Juno I.-III.	—	—
		3.70	Lubań I.-IV.	55.00	—
5 Poz. konwers.	0.34	—	Dr. R. May I.-V.	19.00	19.00
10 Poz. kolejowa	—	—	Wł. Tart. Wagr. I.-II.	—	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	—	—	Mlyn Pozn. I.-IV.	—	—
Bk. Przemysł I.-II.	0.60	0.60	Mlyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Papiern. Bydg. I.-IV.	—	—
Bk. Ziemian I.-V.	—	—	Plótno I.-III.	0.05	—
Arkona I.-V.	0.60	—	Pneumatyk I.-IV.	—	—
Barcikowski I.-VII	0.80	0.80	Sp. Drzewna I.-VII.	0.22	0.27
Brow. Krotosz. I.-V.	—	—	Sp. Stolarska I.-III.	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	—	—
Cegielski I.-IX.	—	3.50	Tri I.-III.	—	—
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	—	Unja I.-III.	3.50	—
Centr. Skór I.-V.	0.20	0.20	Wag. Ostrowo I.-IV.	—	—
Cukr. Zduny I.-III.	—	—	Wisla, Bydg. I.-III.	—	0.32
Dąbieńko I.-V.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI.	0.32	—
			Zj. Brow. Grodz. I.-IV	—	—

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
Devisen (Mittelk.)	26. 3.	25. 3.	Paris	27.67½	27.67½
Amsterdam	317.50	316.50	Prag	23.46	23.46
Berlin*)	188.76	188.74	Wien	111.82½	111.70
London	38.10	38.50	Zürich	152.67½	152.50
Newyork	7.90	7.90			

*) über London errechnet.

	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
Effekten:			Nobel III.—V.	1.30	1.30
8% P. P. Konwers.	111	—	Lilpop I.—IV.	0.53	0.53
5%	34.00	34.50	Modrzejow. I.—VII	1.95	1.95
6% Poz. Dolar	74.55	74.50	Ostrowieckie I.—VII	4.50	4.50
10% Poz. Kolej. S. I.	128	128	Starachow. I.—VIII	0.97	0.96
Bank Polski (o. Kup.	47.25	48.00	Zieloniewski I.—V.	9.00	—
Bank Dysk. I.—VII	—	5.70	Zyrardów	7.95	7.80
B. Nandl. W. XI.—XII.	1.75	1.75	Borkowski I.—VIII.	—	0.38
B. Zachodni I.—VI.	0.85	0.85	Haberbusch i Sch.	5.00	—
Chodorow I.—VII.	—	—	Majewski	—	—
W. T. F. Cukru	1.90	1.90			
Kop. Wegli I.—III.	2.15	2.15			

Tendenz: schwächer.

Danziger Börse.

Devisen:	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
	Geld	Geld		Geld	Geld
London . .	25.19	25.193	Berlin . .	123.346	123.654
Newyork	5.1890	—	Warschau	64.67	64.83
Noten:					
London . .	—	—	Berlin . .	—	—
Newyork	—	—	Polen . .	64.67	64.83

Berliner Börse.

	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
Devisen (Geldk.)	26. 3.	25. 3.	Devisen (Geldk.)	26. 3.	25. 3.
London	20.396	20.398	Kopenhagen	110.12	110.08
Newyork	4.195	4.195	Oslo	90.22	89.74
Rio de Janeiro	0.599	0.599	Paris	14.63	14.68
Amsterdam	168.13	168.13	Prag	12.418	12.418
Brüssel	16.825	16.85	Schweiz	80.80	80.77
Danzig	80.89	80.89	Bulgarien	3.025	3.027
Helsingfors	10.554	10.554	Stockholm	112.46	112.48
Italien	16.875	16.86	Budapest	5.875	5.875
Jugoslawien	7.385	7.385	Wien	59.18	59.18

(Anfangskurs).

	26. 3.	25. 3.		26. 3.	25. 3.
Effekten:			Görl. Wagg.	32½	32½
Harp. Bgb.	102½	103	Rheinmet.	23¾	23¾
Katw. Bgb.	121	—	Kahlbaum	93	—
Laubhütte	34¼	34¼	Schulth. Patzenh	146½	—
Obshl. Eisenb.	—	—	Dtsch. Petr.	—	177½
Obshl. Ind.	42	—	Hapag	149½	142
Dtsch. Ind.	120	119½	Dtsch. Bk.	132	130¾
Farbenindustrie	133	132½	Dtsch. Com.	126½	125
A. E. G.	96¼	96½			

Tendenz: fest.

Ostdevisen. Berlin, 26. März, 230 nachm. Auszahlung Warschau 52.31—52.59, Große Polen 51.93—52.47, Kleine Polen —, vormittags 1230 Uhr. (R.) Der heutige Börsenverkehr eröffnete in ausgesprochen fester Stimmung, wenn auch die Kursteigerungen im allgemeinen 1 Prozent nicht überschritten. Besonders hervorzuheben sind Montanwerte. Schiffsaktien liegen gleichfalls fest und gewannen bis vereinzelt 2 Prozent. Auch die deutschen Renten zeigten feste Haltung.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 26. März, 10⁰⁰ Uhr vormittags für 1 Dollar 7.90 zł, 1 engl. Pfund 38.41 zł, 100 schweizer Franken 152.12 zł, 100 franz. Franken —, 100 deutsche Reichsmark 188.00 zł, 100 Danz. Gulden 152.42 zł.

1 Gramm Feingold für den 26. März 1926 wurde auf 5.2505 zł festgesetzt. (1 Goldzloty gleich 1.5243 zł.) (M. P. Nr. 69 vom 25. März 1926.)

Der Zloty am 25. März 1926. (Überw. Warschau.) Zürich: 62½, London: 37, Newyork: 12.75, Tschernowitz: 30.50, Bukarest: 31, Wien: 88.75—89.85, Noten 88.50—89.50, Prag: 419.50—425.50, Noten 418.50—421.50, Riga: 71, Mailand: 320.

1 Czerwoniec (10 russische Rubel) wird mit 5.05—5.10 Dollar notiert.

Dollarparitäten am 26. März in Warschau 7.90 zł Danzig 8.01 zł, Berlin 8.01 zł.

Auflauf ungarischer Banknoten. Die Ungarische Nationalbank zieht die im Verkehr befindlichen, mit Datum vom 1. Januar 1920 versehenen 10 000-Kronen (großes Format), 500-Kronen (großes Format), ferner die mit dem Datum vom 15. August 1922 versehenen 25 000-Kronen (großes Format) Noten aus dem Verkehr zurück. Als Endtermin für die Einziehung ist der 31. Juli 1926 festgesetzt; die Eintauschpflicht der Ungarischen Nationalbank erlischt endgültig mit dem 31. Juli 1929.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 26. März 1926.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Zloty.)

Weizen	36.50—38.50	Blau Lupinen	14.50—15.50
Roggen	20.50—21.50	Gelbe Lupinen	17.00—19.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	58.00—61.00	Weizenkleie	15.75—16.75
Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke)	33.00	Roggenkleie	14.00—15.00
Roggenmehl (65 % inkl. Säcke)	34.50	Kartoffelflocken	14.00—15.00
erste	19.00—20.00	Getr. Rübenschnitzel	10.00—11.00
raugerste prima	21.25—23.25	Seradella	22.00—25.00
elderbsen	29.00—30.00	EBkartoffeln	2.60—2.80
ektoriaarbsen	38.00—42.00	Fabrikkartoffeln	2.20
afer	22.00—23.00	Klee, gelber	120.00—145.00
		roter	240.00—340.00
		schwed.	210.00—270.00
		weiß	180.00—250.00